

TREND

MAGAZIN FÜR SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

187 48. JAHRGANG
Ausgabe 3 2026

NEHMT EUCH EIN BEISPIEL!

Führende Ökonomen und Historiker blicken zurück auf vergangenen **Reform-Mut**. Und verraten, was sich für die Gegenwart daraus lernen lässt.

Fusionsolar

Die smarte PV-Lösung aus einer Hand.



Einfach | Zuverlässig | Sicher | Nachhaltig

solar.huawei.com/de

Farben, Formen, Interface und Funktionen dienen nur als Muster.
Aussehen und Funktionen der Produkte können abweichen.



Foto: Tobias Koch

**Astrid Hamker**

Präsidentin des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

hebe diejenigen und Feinde des Wirtschaftswachstums,

Deutschland braucht mehr Mut zu Reformen. Manchmal hilft der Blick zurück, um genau diesen Mut zu fassen: nicht aus Nostalgie, sondern um sich zu vergegenwärtigen, was dieses Land schon bewältigt hat – und wie viel Kraft freigesetzt wird, wenn Politik Probleme an der Wurzel packt.

Unsere Titelgeschichte führt zu vier Wendepunkten der deutschen Wirtschaftsgeschichte. 1948 schufen Währungsreform und Preisfreigabe die Grundlage dafür, dass aus Mangel wieder Angebot und aus Misstrau-

„Manchmal hilft der Blick zurück,
um notwendigen Mut zu fassen.“

en neues Zutrauen werden konnten. In den 1950er- und 1960er-Jahren öffnete sich die Bundesrepublik dem Welthandel – eine entscheidende Voraussetzung für ihren Aufstieg. Nach der Ölkrise der 1970er-Jahre setzte sich die Erkenntnis durch, dass ein Angebotsschock nicht mit immer neuen Nachfrageprogrammen zu lösen ist. Und mit der Agenda 2010 nahm ausgerechnet ein sozialdemokratischer Bundeskanzler Reformen in Angriff, die zwar schmerzhaft und hoch umstritten waren, Deutschland aber aus der wirtschaftlichen Erstarrung führten.

Diese vier Episoden liefern keine Blaupausen für die Gegenwart. Aber sie zeigen ein bemerkenswertes Muster: Am Anfang erfolgreicher Reformen stand eine ehrliche Diagnose.

Es folgten klare ordnungspolitische Entscheidungen – und politisch Verantwortliche, die bereit waren, Widerstand auszuhalten. Nicht jede Maßnahme war fehlerfrei, nicht jede Belastung gerecht verteilt. Doch in entscheidenden Momenten siegte der Wille zur Erneuerung über die Versuchung, Symptome zu überdecken.

Genau diese Haltung brauchen wir heute. Zu oft verlieren wir uns im Klein-Klein, zu oft wird über Verteilung gesprochen, bevor neues Wachstum entstehen kann. Als Unternehmerinnen und Unternehmer wissen wir: Wer Zukunft gewinnen will, muss Veränderungen ermöglichen, Verantwortung übernehmen und auch unter Unsicherheit entscheiden.

Die Historiker und Ökonomen in unserer Titelgeschichte erzählen anschaulich, wie Deutschland in vier Krisen den Weg zu neuer Stärke fand. Ihre Analysen machen Mut. Vor allem aber stellen sie eine Frage, der wir uns nicht entziehen dürfen: Wollen wir den Wandel selbst gestalten – oder warten wir, bis die Krise ihn erzwingt?

Herzlichen
Gruß
Ihre Astrid Hamker



Foto: AdobeStock/ sam richter

8 BRIEFING

Digitale Souveränität



Foto: Björn Laczay / CC BY 2.0

10 TITEL

Was wir aus vergangenem Reform-Mut lernen können



Foto: Hans-Christian Plambeck

26 WIRTSCHAFTSTAG 2026

Fotos, Zitate, Stimmung

START

EDITORIAL

- 3 Astrid Hamker,
Präsidentin des Wirtschaftsrates

ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

- 6 TREND-Grafiken: Erkenntnisse zur Steuer- und Abgabenlast

BRIEFING

- 8 Digitale Souveränität: Europa muss seine Stärken nutzen
Thomas Saueressig

TITEL

REFORMEN

- 10 Vier Krisen, vier Reformen: Wie Deutschland sich
in der Vergangenheit immer wieder neu erfand

AKTUELLES & MEINUNG

KLIMA

- 18 Deutschlands Industrie braucht
einen realistischen Klimapfad
Detlev Wösten, Carsten Franzke,
Philipp Schlüter

BILDUNGSGERECHTIGKEIT

- 22 Kinder wachsen, wenn wir
ihnen etwas zutrauen
Nadin Zaya

CYBERSICHERHEIT

- 20 Protected by Germany

STANDPUNKT

- 24 Die wirtschaftspolitische
Kolumne von Wolfgang Steiger

WIRTSCHAFTSTAG 2026

- 26 Impressionen
32 Astrid Hamker
33 Friedrich Merz

WIRTSCHAFTSRAT

AUS DEN LÄNDERN

34 Highlights aus den Landesverbänden

FORUM

42 Im Spiegel der Medien

46 Zum Schluss gefragt

46 Impressum



Foto: Ulrich Gunka

36 SEKTION KÖLN

„Unser Land hat immer noch enormes Potenzial“

Bundespolitischer Dialog mit Wolfgang Steiger,
Generalsekretär des Wirtschaftsrates

Anzeige

LEGAL. ILLEGAL. EGAL?

Ganz und gar nicht. Denn nur legales
Glücksspiel stärkt Deinen Verein vor Ort.



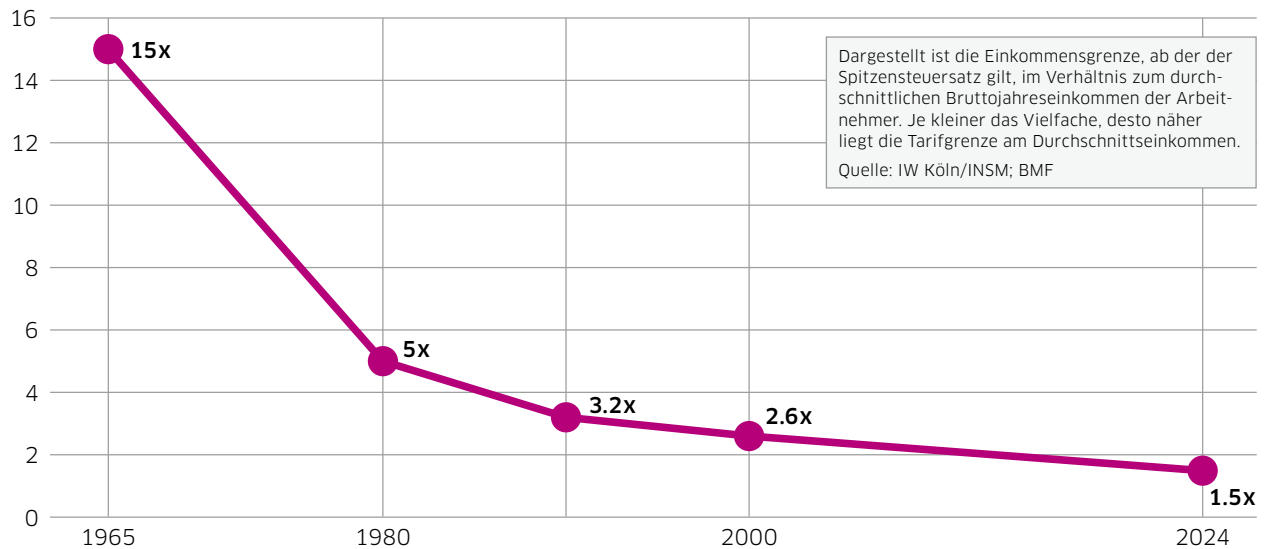
Zum Glück sind wir da.

 **LOTTO**
Hessen

Zahlen, Daten, Fakten

Der Spitzensteuersatz greift immer früher

Grenze des zu versteuernden Einkommens für den Spitzensteuersatz
in Vielfachen des durchschnittlichen Bruttojahreseinkommens der Arbeitnehmer



Top-Verdiener zahlen Großteil der Steuern

Anteile am Lohn- und Einkommensteueraufkommen nach Einkommensgruppen



Quelle: BMF, Datensammlung zur Steuerpolitik 2025; Fortschreibung für 2025 auf Grundlage der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2020 (Visualisierung in Anlehnung an BILD-Artikel vom 25.04.2026: „So viel Steuern zahlen die reichsten Deutschen“)

Gesamtbetrag der Einkünfte ab

290.640 €	1 %
144.932 €	4 %
107.688 €	5 %

66.550 €	15 %
----------	------

39.456 €	25 %
----------	------

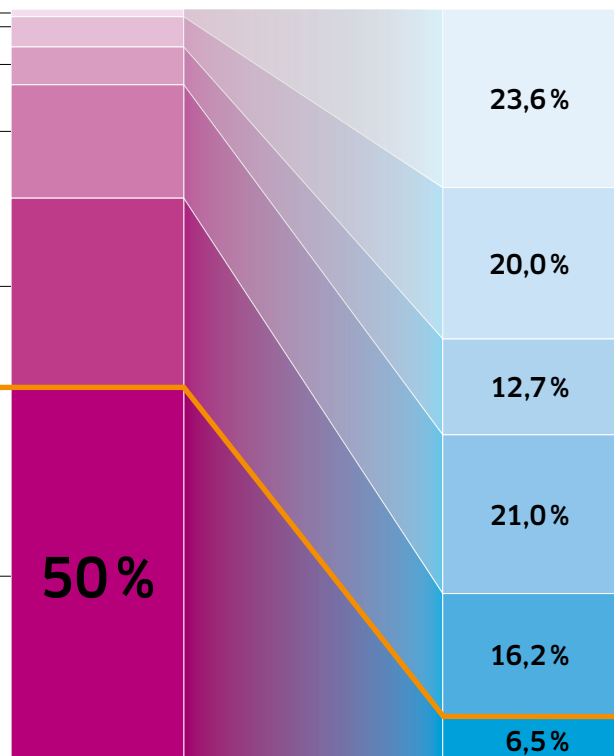
Oberer Anteil

Unterer Anteil

bis 39.456 €

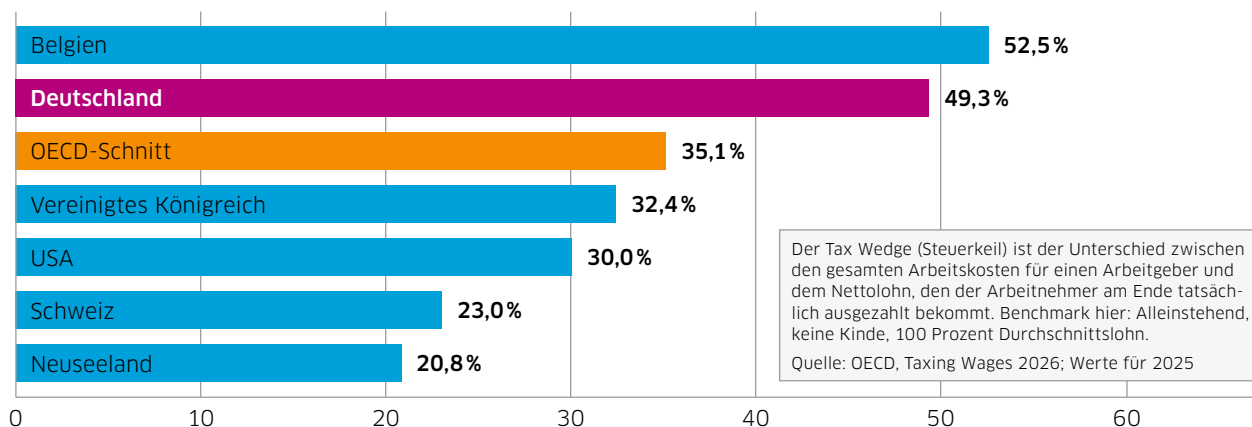
Anteil an den Steuerpflichtigen

Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer



Deutschland belastet Arbeit deutlich stärker als viele Vergleichsländer

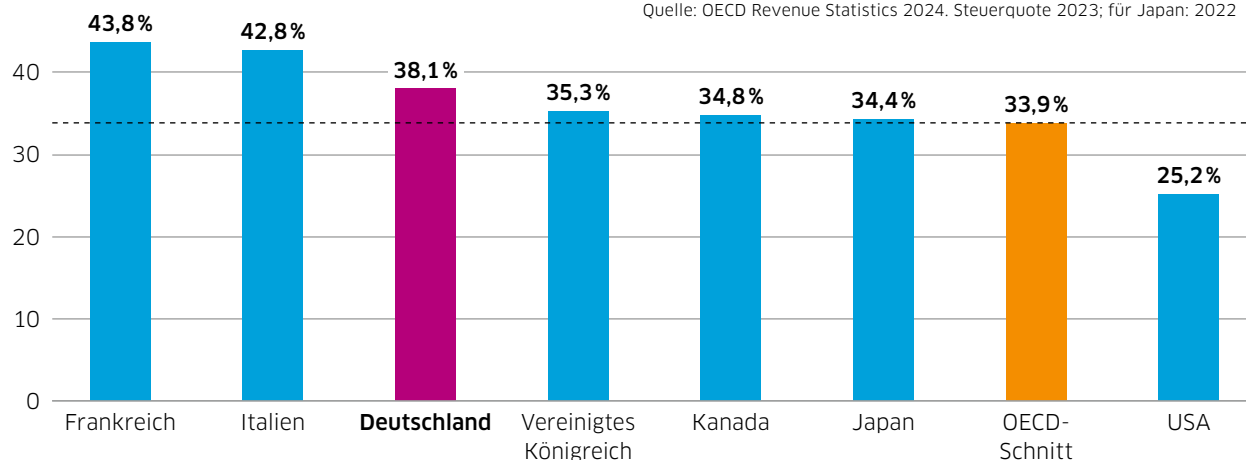
Tax Wedge in Prozent der Arbeitskosten



Steuern und Abgaben sind eine Bürde für den Standort Deutschland

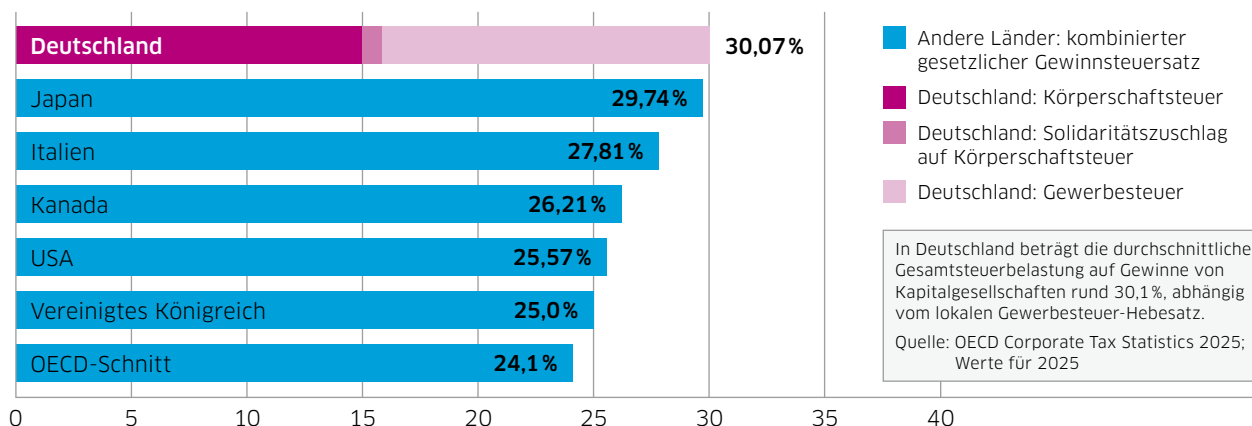
Die Steuer- und Abgabenquote in Prozent des BIP misst alle verpflichtenden Abgaben relativ zur Wirtschaftsleistung

Quelle: OECD Revenue Statistics 2024. Steuerquote 2023; für Japan: 2022



Hohe Steuerlast auch für Unternehmensgewinne

Kombinierter gesetzlicher Gewinnsteuersatz für Kapitalgesellschaften in ausgewählten Industrienationen





Digitale Souveränität: Europa muss seine Stärken nutzen

Von Thomas Saueressig

Europa debattiert intensiv über digitale Souveränität – aber oft aus einer zu engen Perspektive. Im Fokus steht, wo Abhängigkeiten reduziert werden sollen. Entscheidend ist eine andere Frage: Wo ist Europa bereits heute unverzichtbar – und wie lässt sich diese Position gezielt ausbauen?

Digitale Souveränität entsteht nicht durch Infrastruktur allein. Rechenzentren, Chips und Cloud-Kapazitäten sind nötige Voraussetzungen, aber kein strategischer Vorteil. Europas Stärke liegt dort, wo industrielle Substanz, Daten und Geschäftsprozesse zusammenkommen – und in skalierbare, vertrauenswürdige KI-Anwendungen übersetzt werden.

Europa hat mehr Macht in globalen Lieferketten als oft angenommen

In Schlüsselindustrien sind wir kaum ersetzbar. ASML liefert die weltweit einzigen kommerziellen EUV-Lithographiesysteme – ohne sie ist moderne Halbleiterfertigung nicht denkbar. ZEISS steckt in 80 % aller global produzierten Mikrochips. Nokia und Ericsson sind die einzigen westlichen Anbieter von 5G-RAN-Infrastruktur. Hinzu kommen einzigartige Kompetenzen im Maschinenbau, in der Spezialchemie und Medizintechnik, die andere Wirtschaftsräume nicht kurzfristig ersetzen können.

Diese industrielle Stärke ist mehr als ein Standortvorteil – sie macht Europa

zum unverzichtbaren Partner. Europa ist nicht nur Absatzmarkt oder Regulierungsraum, sondern ein Teil des Rückgrats globaler Wertschöpfung. Daraus entsteht Verhandlungsmacht, sofern Europa koordiniert handelt.

Prozesswissen als strategischer Hebel

Industrielle Stärke allein reicht nicht aus. Unser strategischer Trumpf liegt im Prozesswissen. Digitale Souveränität wird nicht im Serverraum entschieden, sondern in den operativen Abläufen von Unternehmen und Verwaltungen. Dort entsteht das Verständnis dafür, wie Wertschöpfung funktioniert. Im KI-Zeitalter wird genau dieses Wissen zum Differenzierungsfaktor – auch, weil Deutsch-

land bei Tabular Foundation Models zur Weltspitze zählt, die strukturierte Geschäftsdaten auslesen und in belastbare Vorhersagen und Empfehlungen übersetzen.

Ein CFO, der Liquiditätsrisiken bewerten muss, braucht keine generische Chatbot-Antwort, sondern belastbaren Geschäftskontext: Lieferantenalternativen, Lagerbestände, Kundenverpflichtungen und finanzielle Zielkonflikte. KI wird erst dann produktiv, wenn sie nicht neben Geschäftsprozessen läuft, sondern in Entscheidungsprozesse integriert ist.

Lieferketten + Prozesswissen = Europas eigentliche Souveränität

Hier liegt Europas Chance: die Verbindung von industrieller Stärke, tiefem Prozesswissen und angewandter KI. Wettbewerbsvorteile entstehen nicht auf der Ebene von Modellen oder Infrastruktur, sondern dort, wo KI mit Regeln, Genehmigungen, Prozesslogik und realen Arbeitsabläufen zusammenwirkt.

„Digitale Souveränität bedeutet kontrollierte Interdependenz.“

Was Unternehmen wie ASML und ZEISS für den physischen Maschinenraum leisten, leisten digitale Plattformen wie SAP im digitalen Abbild der Wirtschaft: Sie verbinden Prozesse, Daten und Entscheidungen in Echtzeit. Europas Zukunft entscheidet sich damit an der Schnittstelle von kriti-

schen Lieferketten, operativer Steuerungsfähigkeit und vertrauenswürdiger KI Anwendung.

Was digitale Souveränität wirklich bedeutet

Digitale Souveränität heißt: Handlungsfähigkeit in einer vernetzten Welt. Dafür sind für SAP vier Dimensionen zentral, die nur zusammen wirken:

- ▶ Datensouveränität – Kontrolle über Speicherung, Nutzung und Verarbeitung
- ▶ Betriebshoheit – Autonomie im operativen Geschäft
- ▶ Technologische Kontrolle – Transparenz und Steuerbarkeit der eingesetzten Technologien
- ▶ Rechtliche Souveränität – Klarheit über geltendes Recht und Vertragsstrukturen

Digitale Souveränität bedeutet nicht Abschottung oder Autarkie, sondern kontrollierte Interdependenz: offen für globale Technologien, aber mit der Fähigkeit, kritische Daten, Prozesse und Entscheidungen jederzeit unter eigener, lokaler Kontrolle zu halten.

Anwendung vor Infrastruktur

Infrastruktur bleibt wichtig – ihr strategischer Wert entsteht erst, wenn sie auf Nachfrage trifft: von Staat, Forschung, Verwaltung und Industrie. Souveräne Lösungen gibt es bereits. Jetzt gilt es, sie konsequent einzusetzen, um mit angewandter KI die

Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und Wachstum zu stimulieren. Europas Stärke liegt nicht im Kopieren amerikanischer LLMs, sondern darin, eigene Stärken im industriellen und regulatorischen Kontext auszuspielen. So kann sich Europa klar differenzieren – statt als Late Mover andere zu imitieren.

Vom Defensivmodus in den Gestaltungsmodus

Digitale Souveränität ist damit kein defensives Projekt, sondern eine strategische Gestaltungsaufgabe. Politik und Wirtschaft müssen gemeinsam handeln – mit klaren Prioritäten:

- ▶ angewandte KI statt isolierten Fokus auf Infrastruktur
- ▶ Bündelung der öffentlichen Nachfrage und Beschaffung
- ▶ einheitliche europäische Standards statt Zersplitterung
- ▶ gezielter Ausbau europäischer Schlüsselpositionen in Lieferketten und Plattformen

Europa bringt alles mit, was es für digitale Souveränität braucht: Wir sind in Schlüsselindustrien erstklassig und Partner der Weltwirtschaft. Diese Stärke müssen wir selbstbewusst nutzen. „Buy European“ kann ein sinnvoller Ansatz sein – aber aus technologischer Führungsrolle heraus, nicht mit zweitklassigen Lösungen, die unsere digitale Wettbewerbsfähigkeit weiter schwächen. Unser Anspruch muss sein, Weltmarktführer und globale Champions hervorzubringen. ■



Foto: Sylviane Brauer (2024)

Thomas Saueressig

ist Mitglied des Vorstands und Chief Customer Officer der SAP SE. Seit Mai 2025 ist er zudem Vizepräsident des Wirtschaftsrates. Er folgte in diesem Amt auf Karsten Wildberger nach dessen Berufung zum Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung.

Vier Krisen, vier Reformen:

Wie Deutschland sich in der Vergangenheit immer wieder neu erfand

Von der Währungsreform 1948 bis zur Agenda 2010: Vier Wirtschaftshistoriker und Ökonomen erklären, wie die Bundesrepublik seit ihrer Gründung immer wieder Mut zu grundlegenden Reformen fand – und was damalige Erfolgsrezepte für das Hier und Jetzt bedeuten.

Im Laufe ihrer Geschichte stand die Bundesrepublik mehrmals vor existenziellen, wirtschaftlichen Herausforderungen. Jedes Mal musste sie sich ein Stückweit neu erfinden. Es gab Phasen, da erzwang die Weltpolitik diesen Wandel, etwa in den 1970er-Jahren im Zuge der Ölkrise. Gleichzeitig war die Not zur Reform auch hausgemachten Versäumnissen geschuldet, die durch zunächst unpopuläre Maßnahmen wie die Agenda 2010 an der Wurzel gepackt werden mussten.

Für diesen Text haben wir mit vier Wirtschaftsexperten gesprochen. Sie erklären, wie Deutschland immer wieder auf historische Krisen reagierte – nicht immer fehlerfrei, aber oft entschlossen. Was machte diese Reformen erfolgreich?

1

Die Währungsreform und Preisfreigabe 1948

Im Frühjahr 1948 floriert in Deutschland vor allem der Schwarzhandel. Die Reichsmark hat weder Kaufkraft noch Vertrauen. Die Bewirtschaftung mit Bezugsscheinen und Lebensmittelkarten funktioniert nur als staatliches Zwangssystem. Die Mangelwirtschaft steht nahezu still. „Das Problem der Zeit zwischen 1945 und 1948 war, dass es keine funktionierenden Märkte gab“, sagt Werner Plumpe, Wirtschaftshistoriker und emeritierter Professor der Goethe-Universität Frankfurt. Die Preise sind vorgeschrieben, steuern somit keinen Warenverkehr. Die Verbraucher

weichen auf den Schwarzmarkt aus. Wer besitzt, profitiert. Wer nichts hat, bleibt chancenlos. „Das war für alle sehr unbefriedigend, weil man nicht sicherstellen konnte, dass die Versorgung gewährleistet war. Die Neigung zur Schlitzohrigkeit hat sich durchgesetzt: Wer pfiffig war, wer sich Dinge verschaffen konnte, war in einer vorteilhaften Situation. Die Ehrlichen waren die Gelackmeierten.“

Dass es Deutschland gelang, sich überhaupt aus dieser Situation zu befreien, sei erstaunlich gewesen, sagt der Frankfurter Historiker. Im Zentrum stehen zwei parallele Reformen in einem Fenster von nur wenigen Tagen – die



Schwarzhandel am Potsdamer Platz in Berlin.



Foto: Bundesarchiv, Bild 183-2005-1017-513 / CC BY-SA 3.0

Währungsreform Juni 1948 – Umtauscher vor der Sparkasse Essen.

eine militärisch angeordnet, die andere politisch erkämpft. Die drei westlichen Besatzungsmächte verkünden am 18. Juni 1948 die Währungsreform. Ab dem 21. Juni ist die Deutsche Mark gesetzliches Zahlungsmittel in den Westzonen. Jeder Erwachsene erhält zunächst 40 Mark „Kopfgeld“, später weitere 20 DM.

Am Sonntag, dem 20. Juni 1948, tritt Ludwig Erhard ans Mikrofon von Radio Frankfurt und verkündet die weitgehende Freigabe der Preise und die Aufhebung der staatlichen Bewirtschaftung. Der 51-Jährige leitet damals die Verwaltung für Wirtschaft der Bizone, also des vereinigten Wirtschaftsgebiets der US-amerikanischen und britischen Besatzungszone.

„Man konnte davon ausgehen, dass bei einer Freigabe der Preise die Unternehmen ihre Produktion möglichst schnell ausweiten, um bei steigenden Preisen ein gutes Geschäft zu machen. Die Preise wurden allerdings nicht für alle Güter freigegeben, zunächst nur für die Konsumgüter.“ Und so füllen sich in den kommenden Tagen die Schaufenster.

Das Resümee des Wirtschaftshistorikers: „Ludwig Erhard war in vielerlei Hinsicht ein Glücksfall. Die Liberalisierung der Konsumgütermärkte, Erhard kam ja aus dieser Tradition, war ein kluger Schritt, um sehr schnell sichtbare Erfolge zu erzielen, aber nicht ohne Risiko.“

Denn die Preisfreigabe kurbelt die Inflation an. „Bis in den Herbst 1948 hinein stiegen die Preise rasant an. Es kam noch vor der Gründung der Bundesrepublik zum einzigen Generalstreik in der Nachkriegszeit – die Gewerkschaften hatten dazu aufgerufen, weil die Löhne, die ebenfalls noch nicht freigegeben waren, mit der Preisentwicklung nicht mithielten.“ Die Regierung bekommt Druck – von den Gewerkschaften und den Alliierten, die vor sozialen Unruhen warnen. „Aber trotz aller Kritik blieb Erhard dabei, vor allem auf liberale Märkte zu setzen; eine Rückkehr

zur staatlich gesteuerten Güterverteilung kam jedenfalls im Konsumgüterbereich nicht in Frage.“

Entscheidend damals laut Plumpe: Die begleitende Steuerpolitik. „Einen starken Kapitalmarkt gab es nicht. Unternehmen konnten die notwendigen Investitionen nur finanzieren, wenn die erzielten Gewinne direkt wieder investiert wurden.“ Hierzu nutzte die junge Bundesrepublik vor allem die Steuerpolitik; eine sehr großzügige Abschreibungspolitik befeuerte die Selbstfinanzierung vieler Unternehmen. „Es war vor allem die degressive Abschreibung, die zu Anfang sehr hoch angesetzt wurde.

Das begünstigte große Teile der Industrie: Wohnungsbau, Schiffbau, verarbeitendes Gewerbe und andere Bereiche. Wo das nicht möglich war, griff man auch auf direkte Steuerungsmaßnahmen zurück, etwa im Bereich der Schwerindustrie. Der Grundansatz aber wurde dadurch nicht in Frage gestellt.“



Foto: Dawin Meckel / Agentur OSTKREUZ

Werner Plumpe

Wirtschaftshistoriker und emeritierter Professor der Goethe-Universität Frankfurt

2

Liberalisierung der Außenwirtschaft in den 1950er- und 1960er-Jahren

Ein deutscher Kaufmann, der 1952 amerikanische Nähmaschinen einführen will, kommt an einer Behörde nicht vorbei: der Devisenstelle. Ohne deren Genehmigung bekommt er keine Dollar. Und ohne Dollar keine Ware, die er quer über den Atlantik importieren könnte. Bei Konsumgütern winkt die Devisenstelle meist ab. Das ist die Lage des deutschen Außenhandels in den frühen



Foto: Bundesarchiv, Bild 183-1990-0805-300; Fotograf: Bernd Settnik Lizenz: CC BY-SA 3.0

Automobile in den Wirtschaftswunderjahren – ein weltweites Geschäft.



Foto: Jürgen Bauer.

Jan-Otmar Hesse

Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Bayreuth

1950er-Jahren. Zwar kommt der Binnenmarkt zunehmend in Gang, vom Weltmarkt bleibt Deutschland aber zunächst weiter abgekoppelt.

„Ich tue mich in dieser frühen Phase immer schwer damit, von einer Marktwirtschaft zu sprechen“, sagt Jan-Otmar Hesse, Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Bayreuth. „Denn für eine richtige Marktwirtschaft bräuchte es einen freien Außenhandel – und der war zu diesem Zeitpunkt eben alles andere als frei.“

Die Liberalisierung der Außenwirtschaft gelingt in mehreren Schritten. „Wenn man genau hinschaut, sieht man in den fünfziger Jahren viele Beschränkungen. Für viele Produkte gibt es strenge Kontingente“, sagt Hesse. Ein Beispiel sei die Landwirtschaft, die weiterhin „hochgradig protektionistisch“ gewesen sei. „Es durften nur so und so viele Tonnen Weizen eingeführt werden, um die heimische Landwirtschaft zu schützen. Über Zollgesetze wurden Einfuhrkontingente verhängt. Die erste Aufgabe von Erhards Außenhandelsliberalisierung ist es deshalb, die Kontingente abzuschaffen.“

Hesse konstatiert: „Das größte Glück der Bundesrepublik in den 1950er Jahren war, dass das Land von den USA sehr schnell in die internationalen Organisationen eingebunden wurde. Die wichtigste ist das Welthandelsabkommen, das GATT.“ Die Vertreter der Bundesrepublik setzen sich in den Gremien für die Liberalisierung ein. „Die Regierung wusste sehr genau: Ohne liberalisierten Markt bekommen wir keinen Aufschwung hin. Schon vorher war Deutschland sehr viel stärker exportabhängig als andere Länder“, sagt Hesse.

Deutsche Unternehmen werden regelrecht auf die Weltmärkte gedrängt. Exportierte Waren sind von der Inlands-Umsatzsteuer befreit, GATT-Zugeständnisse senken die Zölle im Ausland. Der Staat sichert Exportgeschäfte über Bürgschaften ab.

„Weniger bekannt, aber absolut zentral war die Europäische Zahlungsunion, die 1950 gegründet wurde“, sagt Hesse. Der westeuropäische Handel steckt in einer chronischen Dollarlücke: Alle Länder brauchen US-Waren, exportieren aber zu wenig in die USA. „Praktisch war es so: Wenn man Güter aus den USA kaufen wollte, bekam man die Dollar nicht einfach von einer Bank, sondern musste einen Antrag bei der Devisenstelle stellen.“ Und weil alle Länder Dollar für den Wiederaufbau brauchten, drohte der Handel in Europa zusammenzubrechen, sagt Hesse. Die Zahlungsunion sei „eigentlich einfach ein Clearing-System“ gewesen: „Um nicht jeden einzelnen Dollar abrechnen zu müssen, sondern nur am Ende einer Periode. Dadurch ist die nötige Dollarmenge sehr stark reduziert worden. Und das hat dazu beigetragen, dass die Arbeitsteilung in Europa sehr schnell wieder eingerichtet wurde.“

Die neuen Rahmenbedingungen spielen Deutschland volkswirtschaftlich in die Hände: Sie ermöglichen die Nutzung komparativer Kostenvorteile, sagt der Bayreuther Wirtschaftswissenschaftler. Am größten sei der Nutzen des Handels, „wenn jedes Land die Güter herstellt, die es am einfachsten produzieren kann und die Überschüsse untereinander getauscht werden“. Der Erfolg dieses Prinzips spielt der noch jungen Bundesrepublik dann auch ganz messbar in die Karten: Der Außenhandel wächst in den 1950er-Jahren um mehr als 20 Prozent jährlich – und damit noch mal deutlich schneller als das BIP, das in jener Zeit zwischen 10 und 12 Prozent zulegt.

3

Die deutsche Antwort auf die Ölkrise in den 1970er-Jahren

Am 6. Oktober 1973 beginnt der Jom-Kippur-Krieg: Eine Koalition arabischer Staaten unter Führung von Ägypten und Syrien greift Israel an. Die USA und mehrere westeuropäische Staaten unterstützten Israel militärisch und politisch. Die arabischen Förderländer werten das als Parteinahme des Westens. Als Reaktion beschließen die arabischen Erdölstaaten der OAEPC/OPEC ein Ölembargo gegen Staaten, die Israel unterstützten, sowie eine schrittweise Drosselung der Fördermengen. Der Effekt: Der Ölpreis verdreifacht sich innerhalb weniger Wochen.

Für eine deutsche Volkswirtschaft, die ihren Energiebedarf zu über 55 Prozent aus Erdöl deckt, ist das ein massiver Angebotschock. Die sozialliberale Bundesregierung reagiert zunächst mit klassisch keynesianischen Instrumenten



Foto: Bundesarchiv, Bild 183-R70945 / Lizenz: CC BY-SA 3.0

Hafen Hamburg, Getreideschiffe werden gelöscht.

– Fahrverbote, Konjunkturprogramme und Globalsteuerung. „Ein Konjunkturprogramm hilft in einer solchen Situation nicht“, sagt der Ökonom Stefan Kooths, Konjunkturchef am Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW). „Hier kommt es über Nacht zu einer Angebotsbeschränkung. Wenn der Staat in dieser Situation nachfrageseitig expansiv reagiert – über Fiskal- und Nachfragepolitik –, dann wird der Preiseffekt, die Verteuerung, nur noch größer.“ Die deutsche Inflation erreicht mit rund 7 Prozent ihren bisherigen Höhepunkt.

Die Bundesregierung verabschiedet am 9. November 1973 das Energiesicherungsgesetz (EnSiG). Auf dessen Grundlage verordnet sie vier autofreie Sonntage, parallel wird ein Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf Landstraßen für sechs Monate eingeführt. „Der autofreie Sonntag war reine Symbolpolitik, um Bewusstsein zu schaffen – aber im Grunde lächerlich: Wenn die Leute an der Zapfsäule viel tiefer in die Tasche greifen müssen, brauchen Sie keine zusätzlichen Maßnahmen, die zur Sparsamkeit anregen“, sagt Kooths.

Die erste Antwort auf die Ölkrise, die interventionistische Reaktion, scheitert. Dahinter steht die damalige Lehrmei-



Foto: Friedrich Magnussen / Stadttarchiv Kiel / CC BY-SA 3.0 DE

Autofreier Sonntag in 1973.

nung, dass Inflation und Arbeitslosigkeit in einem umgekehrten Verhältnis stehen, beschrieben durch die sogenannte Phillipskurve. „Das war so oder so konzeptionell falsch“, sagt Kooths. „Die Ölkrise hat die Erkenntnis be-

Anzeige

#WeAreWavestone

Your most trusted consulting partner for AI transformations.



Wavestone is a leading consulting firm at the intersection of business and technology, helping organizations transform operations, scale innovation and unlock the value of AI. With 6,000 employees across Europe and North America, Wavestone delivers end-to-end consulting services. Listed on Euronext Paris, the firm is also certified as a Great Place to Work®.

www.wavestone.com



Foto: Kiel Institut / Michael Stefan

Stefan Kooths

Ökonom und
Konjunkturchef
am Kieler Institut für
Weltwirtschaft (IfW)

schleunigt, dass eine Veränderung der wirtschaftspolitischen Konzeption erforderlich war, weil plötzlich Inflation und Arbeitslosigkeit anzo- gen.“ Ein solches Szenario, das nach dem keynesianischen Paradigma gar nicht hätte eintreten können, hat vor Augen geführt, dass die Instrumente der Nachfragepolitik stumpf waren.

Was folgt, ist einer der wichtigsten wirtschaftspolitischen Paradigmen- wechsel der Nachkriegszeit, näm- lich von der Nachfragesteuerung zu einer stärker angebotsorientierten Politik. Der Kontext dieser Wei- chenstellung wird oft übersehen. Im

August 1971 kündigten die USA die Gold-Konvertibilität des Dollar auf. Das Bretton-Woods-System, das den Dol- lar über eine feste Parität direkt an Gold gebunden hatte, bricht zusammen. „Die Welt fand sich von einem Tag auf den anderen in einem reinen Papiergeldstandard wieder“, so Kooths. „Eine Notenbank, die im Zweifel nicht mehr ausgegebenes Geld in Gold umtauschen muss, ist tech- nisch nicht mehr begrenzt in ihrer Geldschöpfungskapazi- tät.“ Die Notenbanken irrlichtern in einer Übergangspha- se, in der erst klar werden muss, wonach man sich richtet. „Die Deutschen waren die ersten, die erkannt haben: Das machen wir über eine unabhängige Notenbank.“

So wird die Bundesbank zum Anker in der Krise. Anders als Frankreich, Italien oder das Vereinigte Königreich reagiert die Bundesbank auf den Preisschock nicht mit expansiver, sondern mit restriktiver Geldpolitik. „Relativ zu anderen Ländern haben die Deutschen am stärksten

über die Geldpolitik dagegengehalten“, würdigt Kooths. „Das hat auch damit zu tun, dass der Bundesbank das unabhängige Mandat der Geldwertstabilität übertragen war.“ Die Notenbank sei „nur dafür zuständig“ gewe- sen. „Das war das Role Model für die neue Geldpolitik, nämlich die Notenbanken in die Unabhängigkeit zu ent- lassen mit einem eng umrissenen Mandat der Geldwert- stabilität.“

Der Paradigmenwechsel vollzieht sich schrittweise. Der Sachverständigenrat (SVR) drängt seit seinem Jahres- gutachten 1974/75 auf einen „Stabilitätsvorrang“ und rela- tiviert die keynesianische Fiskalsteuerung. Die operativen Konsequenzen (Haushaltskonsolidierung, Zurückhaltung bei Nachfragestimuli, angebotsorientierte Steuerpolitik) prägen die folgende Politik. Die Bundesbank-Doktrin wurde zur Blaupause der EZB-Konstruktion Ende der 1990er-Jahre. Und das ordolibérale Preisstabilitätsdenken prägt bis heute die deutsch-europäischen Debatten über Geldpolitik, Fiskalregeln und Staatsfinanzen. Das ordoli- berale Preisstabilitätsdenken dominiert die europäischen Debatten über Geldpolitik und Fiskalregeln – auch wenn die praktische Umsetzung in Krisen immer wieder flexibilisiert wurde.

4

Hartz IV und die Agenda 2010

Am 14. März 2003 tritt Gerhard Schröder ans Bundes- tagspult und kündigt an, was nicht wenige in der SPD bis heute für ideologischen Verrat halten: Die Agenda 2010. Das Reformprogramm sieht deutliche Kürzungen staatli- cher Leistungen vor, mehr Eigenverantwortung und einen Umbau des Sozialsystems. Es ist die Rede, die die Partei zu zerreißen droht. Aber die Lage duldete keinen längeren Aufschub. Deutschland war der „kranke Mann Europas“ (The Economist). Die Arbeitslosenzahl liegt 2003 bei 4,38 Millionen, eine Quote von rund 10 Prozent. Das BIP-Wachstum schwächelt bei 0,6 Prozent pro Jahr.

„Das Schlagwort vom Fördern und Fordern fasst die damalige Poli- tik gut zusammen“, sagt Michael Burda, Ökonom an der Hum- boldt-Universität Berlin. „Wenn sich überhaupt etwas mit Sicher- heit in der Ökonomie sagen lässt, dann das: Es gibt immer eine An- gebotsseite. Man braucht die Be- reitschaft der Menschen, Dinge zu tun.“ Diese Bereitschaft hänge auch mit Rückfalloptionen zusammen, also Sozialleistungen. „Hartz IV hat diese deutlich geschwächt, die Men- schen hatten keine Alternative.“



Foto: Privat

Michael Burda
Ökonom an der
Humboldt-
Universität Berlin



Foto: Friedrich Magnussen / Stadtarchiv Kiel / CC BY-SA 3.0 DE

Lange Schlangen an einer Kieler Tankstelle, 1974.

Foto: Alexander Kowalski / CC BY-SA 2.5



Peter Hartz, ehemaliger VW-Personalvorstand, 2005.

Vor den Reformen wurde das Arbeitslosengeld bis zu 32 Monate für ältere Arbeitnehmer gezahlt, bei 60 Prozent des vorigen Nettoeinkommens. Danach griff die Arbeitslosenhilfe von 53 Prozent des ehemaligen Gehalts – und zwar unbegrenzt. „Es gab somit die Möglichkeit, vorzeitig in Rente zu gehen, auf Kosten der Arbeitslosigkeit“, sagt Burda.

Die Vorlagen zu Schröders Reform stammen aus der Kommission unter VW-Personalvorstand Peter Hartz. Umgesetzt

werden sie in vier Gesetzen: Hartz I führt 2003 Personal-Service-Agenturen und Zeitarbeit ein. „Die Novelle zur Arbeitnehmerüberlassung hat dazu geführt, dass sehr viele Menschen über Zeitarbeit vermittelt wurden“, erinnert sich Burda. Hartz II erlaubt Minijobs bis 400 Euro und Ich-AGs. Hartz III baut die Bundesanstalt für Arbeit zur kundenorientierteren Bundesagentur um. Hartz IV legt Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammen.

Anzeige



: André Zahn / Wikimedia Commons / CC BY-SA 2.0 DE

Ging als SPD-Kanzler unbequeme Reformen an: Gerhard Schröder

Zunächst hat die Reform einen paradoxen Effekt: Die Arbeitslosenzahl steigt 2005 sprunghaft, weil erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger nun mitgezählt werden. In den Folgejahren aber sinkt sie deutlich. Die Langzeitarbeits-

EUDI-WALLET

Digitale Identität für Europa

AUTHADA

Wer diese Chancen nutzt, wird Teil eines grenzübergreifenden Ökosystems

Behörden ohne Warteschlange, Verträge ohne Medienbruch, Abbau von Bürokratie. Der rechtliche Rahmen für diese Verbesserungen entwickelt sich seit Jahren. Nun folgt mit der EUDI-Wallet die notwendige Infrastruktur: Bereits 2027 können deutsche Bürgerinnen und Bürger ihr **Smartphone nutzen, um sich damit online oder vor Ort auszuweisen**. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten der digitalen Brieftasche sind immens. Denn darin finden neben Personalausweis oder Führerschein unter anderem Hochschulzeugnisse, Kundenkarten und Versicherungsscheine ihren Platz. Alle Nachweise werden sicher gespeichert, kryptografisch geschützt und können nach Bedarf mit Unternehmen oder Behörden geteilt werden – mit strukturellen Folgen.

Effizienzgewinne sind überall dort möglich, wo Identifizierungs- und Authentifizierungsprozesse bislang fragmentiert ablaufen und von uneinheitlichen Nachweiskanälen abhängig sind: Das betrifft unter anderem Kunden- oder Mitarbeiter-Onboarding, Vertragsabschlüsse, Anträge sowie die Verwaltung von Mitgliedschaften. Hinzu kommen Vorteile bei der Kundenbindung durch **verbesserte Nutzererfahrungen**. Das Potenzial durchzieht somit die gesamte Wirtschaft und wird längst durch Projekte für technische Infrastruktur und individuelle Schnittstellen erschlossen.

Wallet-Anbindung für Unternehmen

Anfangen in verpflichteten Sektoren wie dem Bank- und Versicherungswesen entsteht

ein inzwischen branchen- und grenzübergreifendes Wallet-Ökosystem. Unternehmen den sicheren Zugang zu ermöglichen, ist Kernkompetenz von AUTHADA. Bereits heute unterstützt der erfahrene Spezialist für digitale Identität Unternehmen mit einer skalierbaren **EUDI-Wallet-Plattform** bei der technischen Umsetzung. Ob für das Ausstellen digitaler Nachweise oder für deren Überprüfung – rechtssichere Gestaltung, maßgeschneiderte Prozessintegration und ganzheitliche Beratung stehen im Vordergrund. Wichtig ist, dass Unternehmen schon jetzt Schnittstellen schaffen und Nutzungsmodelle entwickeln. So können sie sich rechtzeitig zu den Profiteuren zählen und zu wachsender digitaler Souveränität in Europa beitragen.



Scannen und mehr erfahren
authada.de/wallet

**Sicherer Zugang zum Wallet-Ökosystem
ist Kernkompetenz von AUTHADA.**



Foto: Björn Laczay / CC BY 2.0

Anti-Hartz-Demonstration, 2004.

losigkeit geht zwischen 2005 und 2010 von 1,7 Millionen auf 900.000 zurück und halbiert sich damit beinahe.

„Hartz I bis IV haben erfolgreich bestimmte Eckpunkte abgehakt: Dazu zählte die Arbeitsbereitschaft der Langzeitarbeitslosen, die erhöht wurde, und überhaupt die Möglichkeit, diese Menschen zu beschäftigen – etwa über die Vermittlung durch Arbeitsagenturen“, sagt Burda. Sein Resümee: „Hartz IV war ein ziemlich grobschlächtiger Eingriff, den man eigentlich schon viel früher hätte machen müssen.“

Die Reform kassiert bekanntermaßen massive Kritik. Die Zahl der Niedriglöhner steigt von rund 5,5 Millionen (1998) auf über 8 Millionen (2013), der Gini-Koeffizient der Nettoeinkommen von 0,26 auf 0,29. Die Hartz-Reformen gelten als eines der umstrittensten sozialpolitischen Reformwerke der Bundesrepublik. Aber auch als eines der effektivsten. Der „kranke Mann Europas“ kann genesen und findet zu alter-neuer Stärke zurück.



Fazit: Was wir aus der Vergangenheit lernen können

Was können wir uns für die Herausforderungen der Gegenwart abschauen? Der Wirtschaftshistoriker Jan-Otmar Hesse pocht auf den internationalen Handel: „Was wirklich stets die Voraussetzung zur Überwindung wirtschaftlicher Krisen in Deutschland war: eine stabile weltwirtschaftliche Arbeitsteilung und Handelsfreiheit. Ich bin zutiefst überzeugt, dass das notwendig ist. Unsere Volkswirtschaft ist stärker als andere auf internationalen Handel angewiesen. Die Stärken der deutschen Wirtschaft können nur in Erscheinung treten, wenn der Außenhandel möglich und kostengünstig ist. Daher: Je mehr Außenhandel, desto besser.“

Der Berliner Ökonom Michael Burda mahnt: „Es braucht in Deutschland eine neue Dynamik der Neugründungen. Man redet zwar davon, aber diese Möglichkeit, neue Felder zu aktivieren und neue Unternehmen zu gründen, wo die alten zu starr sind, wird viel zu wenig genutzt. Ordnungspolitisch sollte man nicht vorschreiben, was Unternehmen zu tun haben. Der Markt sollte dies entscheiden.“ Auch die europäische Lösung müsse Wachstum sein, wie es gegenwärtig Spanien, Griechenland und Portugal vorzeigten. „Man muss auf von Innovation getriebenes Wachstum setzen, wie es die Chinesen und Amerikaner machen – nur menschlicher, mit einem ordentlichen Beitrag zum Klimaschutz.“

Stefan Kooths vom Kieler IfW sagt: „Die Voraussetzung für eine kluge Wirtschaftspolitik ist die richtige Problemdiagnose.“ Und: „Einfach nur die Symptome zu überkleistern, geht nicht. Wenn ich ein Strukturproblem habe und darauf mit staatlichen Maßnahmen reagiere, die die Nachfrage aufrechterhalten, ist das immer der Weg in die Sackgasse.“



Ludwig Erhard mit seinem Buch zur Wirtschaftspolitik, 1957.

Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-F004204-0003 / Adrian, Doris / CC BY-SA 3.0

Vier Reformen, vier Jahrzehnte, ein Muster: In allen vier Fällen haben bundesdeutsche Regierungen nicht die Symptome behandelt, sondern an den Ursachen gearbeitet. Viele der Entscheidungen waren zunächst unpopulär – und somit nur möglich, weil die jeweils verantwortlichen Politiker den Mut an den Tag legten, genau das in Kauf zu nehmen. ■

BBG-Erhöhung: kurzfristig, teuer, wirtschaftsfeindlich

In der GKV wird die Beitragsbemessungsgrenze 2027 außerordentlich angehoben. Auch in der Pflege sieht der Gesetzentwurf einen Anstieg vor. Das gefährdet das dringend benötigte Wirtschaftswachstum und verschleppt zukunftsweisende Strukturreformen.

Ein Advertorial des PKV-Verbands

Es ist schon verrückt: Mitten in der größten Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland steigen die Abgaben weiter. Sowohl in der Kranken- als auch der Pflegeversicherung soll die Beitragsbemessungsgrenze (BBG) steigen. Ziel ist es, mit den daraus entstehenden Mehreinnahmen höhere Beitragssätze in der Kranken- und Pflegeversicherung zu vermeiden. Doch die Maßnahme ist kurzfristig und schadet deutlich mehr als sie nutzt.

Schon heute hat Deutschland mit die höchste Abgabenlast im internationalen Vergleich. Auch durch die hohen Personalkosten büßen deutsche Unternehmen zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit ein. Die Folge: Jeden Monat gehen rund 10.000 Arbeitsplätze in der Industrie verloren. Das zeigt eine Analyse der Beratungsgesellschaft EY.

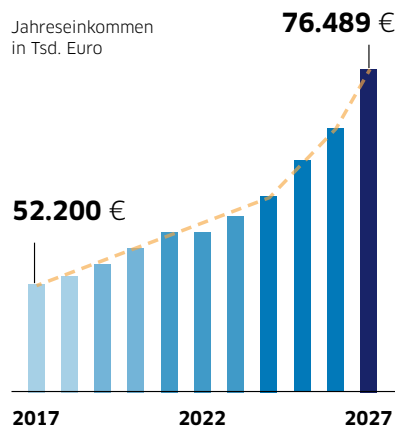
Durch eine höhere BBG steigen die Lohnzusatzkosten weiter – der Trend zum Stellenabbau dürfte sich beschleunigen. Denn die Arbeitgeber beteiligen sich mit rund der Hälfte an den Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen ihrer Beschäftigten. Mit einer höheren BBG würden also kurzfristige Mehreinnahmen durch langfristige Standortnachteile erkauft.

Viele liebäugeln mit einem Job im Ausland

Die hohe Abgabenlast macht sich bemerkbar: Laut einer Umfrage des Job-

Deutlich stärkere Belastung für Arbeitgeber und -nehmer

Beitragsbemessungsgrenze in der GKV steigt 2027 sprunghaft



Quelle: PKV-Verband / Kabinettsbeschluss für das GKV-Beitragsatzstabilisierungsgesetz; Prognose unter Anwendung der Lohnentwicklung von 4,5 %

Portals Indeed liebäugeln über 67 Prozent der Beschäftigten mit einem Job im Ausland. Besonders ausgeprägt ist der Wunsch bei Gutverdienern. Mehr als 40 Prozent nennen ausdrücklich die hohe Steuer- und Abgabenlast als Motiv. Eine höhere BBG verschärft das Problem. Denn für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeutet das deutliche Beitragssteigerungen. 6,9 Millionen Menschen betrifft die Anhebung laut dem IGES-Institut – darunter 5,6 Millionen Angestellte und 600.000 Selbstständige. Die Mehrbelas-

tung trifft vor allem Fachkräfte, die für Zukunftsbranchen und den Erhalt von Industriearbeitsplätzen unverzichtbar sind.

Geht man davon aus, dass die reguläre Erhöhung der BBG entsprechend der angenommenen Lohnentwicklung von 4,5 Prozent (IGES-Institut) erfolgt – steigt die BBG im Jahr 2027 auf 76.489 Euro. Wer dieses Einkommen erreicht, zahlt dann im Schnitt 1.358 Euro pro Monat für Kranken- und Pflegeversicherung. Die Beiträge steigen um bis zu 1.436 Euro pro Jahr – ein Plus von fast 10 Prozent.

Verschleppung notwendiger Strukturreformen

Die außerordentliche BBG-Erhöhung verschleppt dringend notwendige Strukturreformen. Wenn kurzfristig mehr Geld ins System kommt, sinkt der Anreiz, an Effizienz, Ausgaben- und nachhaltigen Finanzierungsmechanismen zu arbeiten. Wirklich zukunftsweisende Reformen, wie mehr Eigenvorsorge und zusätzliche kapitalgedeckte Elemente, um demografiebedingte Kostenanstiege abzufedern, werden weiter verschoben. In der GKV ist die Erhöhung bereits beschlossen. In der Pflege sollte darauf im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts verzichtet werden.

Mehr unter www.pkv.de/bbg

Deutschlands Industrie braucht einen realistischen Klimapfad



Die EU-Kommission hat im Juli ihre Vorschläge zur Reform des ETS-Systems vorgelegt. Darin enthalten sind erste gute Ansätze, wie die Absenkung des Reduktionsfaktors und die Erweiterung der kostenlosen Zertifikate bis 2038, statt bis zuvor 2034. Die Vorschläge reichen aber nicht aus, das aktuelle Grundproblem zu lösen: 50 Prozent der ETS-Einnahmen müssen in Defossilisierungsmaßnahmen fließen. Statt die Industrie mit Investitionsbedingungen zu gängeln und weitere Bürokratie aufzubauen, sollten die Benchmarks auf ein Niveau von 2025 eingefroren und Zertifikate ins System zurückgegeben werden. Für die im September angesetzte Entscheidung ist den EU-Abgeordneten geraten, wirtschaftsfokussierte Änderungen an dem Kommissionsvorschlag vorzunehmen.

„Klimaneutralität und industrielle Wettbewerbsfähigkeit setzen sich gegenseitig voraus.“

Der Sachstandsbericht 2026 des UN-Klimarats hat das Katastrophenszenario RCP8.5 als „unplausibel“ gestrichen. Eine Neujustierung der Klimaziele ist nun nicht nur möglich und wirtschaftlich unumgänglich, sondern auch im Sinne

des Zieldreiecks Wirtschaftlichkeit-Nachhaltigkeit-Versorgungssicherheit für mehr Resilienz geboten.

Die Grundvoraussetzung, ein weltweit weitestgehend einheitliches Vorgehen zum Klimaschutz, ist nicht eingetreten: Die USA sind zum zweiten Mal aus dem Pariser Abkommen ausgetreten und China steigert seine CO₂-Emissionen durch weltweiten Kohleabbau und den Neubau von Kohlekraftwerken. Es ist zu bezweifeln, ob China die für 2060 angekündigte Klimaneutralität umsetzt.

Das Pariser Abkommen und die davon abgeleiteten Klimaschutzpolitiken sind somit brüchig geworden. Ein deutsches Gold Plating, bis 2045 klimaneutral zu sein, während der englische Originaltext des Pariser Abkommens von der zweiten Hälfte des Jahrhunderts spricht, ist angesichts international abweichender Standards und einer fortschreitenden Deindustrialisierung inakzeptabel. Der Industrie kann und muss folglich mehr Zeit für den Übergang eingeräumt werden.

Die geplante Verschärfung der Methanverordnung ist sofort zu stoppen. Europa ist auf Importe von Erdgas weiter angewiesen. Mit den angedachten Maßnahmen droht eine europäische Gasmangellage.

Keine Verschärfung der CO₂-Benchmarks ohne ausreichend grüne Energien

Die Vorschläge der Kommission, die Zertifikatezuteilung zu verlängern, sind begrüßenswert, aber der Zeitraum ist zu knapp bemessen. Bis ausreichend erneuerbare und bezahlbare Energien zur Verfügung stehen, darf der Emissionshandel nicht weiter verschärft werden. Die Einnahmen aus dem ETS müssen in den Unternehmen bleiben, um die Gelder für nachhaltige Investitionen einzusetzen. Zusätzlich braucht es einen europäischen CO₂-Preis, der auf ein global verträgliches Niveau gesenkt wird. Andernfalls werden Emissionen in Folge des Carbon Leakage in andere Weltregionen verlagert.

Zertifikate zurückgeben: die Marktstabilitätsreserve neu ausrichten

Angesichts des internationalen Wettbewerbs sollten Zertifikate nicht ausschließlich eingezogen, sondern auch zurückgegeben werden. Anzuvisieren ist, die Marktstabilitätsreserve so lange auszusetzen, bis international wettbewerbsfähige Preise gelten.

Technologieoffenheit bei Wasserstoff

Grüner Wasserstoff ist eine chancenreiche Alternative zu fossilen Rohstoffen. Weil kurz- und mittelfristig nicht hinreichend bezahlbarer, grün-



Foto: AdobeStock/ thelogocraft

„Europa ist auf Importe von Erdgas weiter angewiesen.“

ner Wasserstoff verfügbar ist, müssen auch blauer und kohlenstoffarmer Wasserstoff als Übergangslösungen anerkannt werden. Es braucht auch eine Lockerung der überambitionierten Anforderung an RFNBO, also erneuerbare Kraftstoffe nicht-biogenen Ursprungs, durch die Aussetzung der Gleichzeitigkeits- bzw. Additionalitätsanforderungen.

Ausweitung des Industriestrompreises

Der Ansatz, mit dem Industriestrompreis Industriebranchen zu entlasten, ist richtig. Allerdings braucht es eine Planungsbasis über die vorgesehenen

drei Abrechnungsjahre (2026–2028) hinaus. Der Zeitraum muss auf mindestens zehn Jahre ausgeweitet werden, um Investitionen zu ermöglichen. Bislang sieht der Industriestrompreis vor, dass 50 Prozent der Beihilfesumme innerhalb von 48 Monaten in Defossilisierungsmaßnahmen investiert werden müssen. Diese staatsplanwirtschaftliche und bürokratische Vorgabe muss zurückgenommen werden. Zusätzlich muss die Möglichkeit dauerhaft gegeben werden, den Industriestrompreis zumindest für denjenigen Anteil zu nutzen, der nicht durch die Strompreiskompensation gedeckt wird.

Reform der Industrieemissionsrichtlinie

Die EU-Industrieemissionsrichtlinie wurde bereits am 9. Juli 2026 in nationales Recht überführt, obwohl das EU-Omnibus-Verfahren zur IED-Änderungsrichtlinie nicht abgeschlossen ist. Umso mehr kommt es nun auf die konsequente Umsetzung des Entschließungsantrages des Bundestages an, damit unter anderem die Mantelverordnung zu den Entlastungsmaßnahmen der Bundesemissionsschutz-Verordnungen realisiert und das Verfahren zum Abschluss begleitet wird.

Klimaschutz braucht wirtschaftliche Tragfähigkeit

Klimaneutralität und industrielle Wettbewerbsfähigkeit setzen sich gegenseitig voraus. Nur eine starke Industrie kann die Investitionen für die Transformation stemmen. Deutschland braucht deshalb einen pragmatischen, technologieoffenen und marktgerechten Klimapfad: einen international wettbewerbsfähigen CO₂-Preis und erschwingliche Energiepreise, eine Anpassung der Wasserstoffstandards sowie eine ausreichende Übergangsfrist mit eingefrorenen Benchmarks und Zertifikaterückgaben. Nur so vermeiden wir eine fortschreitende Deindustrialisierung zu Lasten des Wohlstandes, der Unabhängigkeit und des Umweltschutzes. ■

Über die Autoren:



Foto: Achim Kraus

Detlev Wösten

Geschäftsführer und CSO, H&R GmbH & Co. KGaA, Vorsitzender der Bundesfachkommission Umwelt- und Klimapolitik



Foto: SKW Stickstoffwerke Piesteritz GmbH

Carsten Franzke

Geschäftsführer, SKW Stickstoffwerke Piesteritz GmbH, Co-Vorsitzender der Bundesfachkommission Umwelt- und Klimapolitik



Foto: TRIMET Aluminium SE

Philipp Schlüter

Vorsitzender des Vorstands TRIMET Aluminium SE, Co-Vorsitzender der Bundesfachkommission Umwelt- und Klimapolitik

Protected by Germany

Wie Cybersicherheit zum neuen Markenzeichen des Industriestandorts Deutschland werden kann



Foto: Christian Thiel

Von links: Ralph Brinkhaus MdB, Claudia Plattner, Timo Kob

Von Maik Hofmann

Cybersicherheit ist längst mehr als ein IT-Thema. Sie entscheidet über technologische Souveränität und wirtschaftliche Stärke. Ein neues Strategiepapier zeichnet den Weg zu einer „Cybernation Deutschland“ und verbindet Sicherheits-, Wirtschafts- und Bildungspolitik zu einer gemeinsamen Zukunftsvision. Das Ziel: Aus Sicherheit soll Wachstum entstehen

„Wofür wollen wir in zehn Jahren stehen, was wollen wir sein?“

und aus dem digitalen Nachzügler Deutschland ein internationaler Taktgeber vertrauenswürdiger Cybersicherheitslösungen werden: Protected by Germany.

Die Herausforderungen in Deutschland sind groß, doch die Visionen sind leider klein. Für Deutschland insgesamt heißt dies: Wofür wollen wir in zehn Jahren stehen, was wollen wir sein? Sind wir noch die Autobauer, Maschinenbauer und Apotheker der Welt? Und wenn nicht, was dann? Hinter welcher Vision oder – bildlich gesprochen – welchem Banner wollen wir uns versammeln? Die Bundesfachkommission Cybersicherheit ist davon überzeugt, dass dieses positive, aktive „Für etwas arbeiten“ ganz andere Energien freisetzen kann und wird, als ein passives „Wir müssen Fehler beheben“, wie wir es derzeit gerade sehen.

Gegen all die Verkrustungen, Versäumnisse und Resignationen will das Expertengremium ein positives

Zukunftsbild setzen, ein „Project Moonshot“, wie Kennedy 1962 den Weg der USA zum Mond formulierte.

Und seien wir ehrlich: Deutschland braucht einen solchen „Moonshot“, um beim Thema Digitalisierung zeitnah wieder eine Position einzunehmen, die es uns erlaubt, unseren Status als eine führende Industrienation zu behalten, respektive im Digitalen Raum zurückzugewinnen. Die Überschrift für das Thema Cybersecurity hat BSI-Präsidentin Claudia Plattner treffend formuliert: Deutschland soll eine Cybernation werden.

Aber ein Slogan allein reicht nicht aus, er muss mit Inhalt gefüllt werden. Aus dem Slogan entsteht eine klare Vision und Mission. Aus der Mission muss

schließlich ein strategischer Handlungsauftrag werden, mit Zielen und Maßnahmen, mit konkreten Kennzahlen und Fristen.

Die Bundesfachkommission Cybersicherheit des Wirtschaftsrates hat sich damit in den letzten zwölf Monaten intensiv befasst und das zum Buch gebundene Ergebnis im Juni übergeben – an BSI-Präsidentin Claudia Plattner und Ralph Brinkhaus, Bundestagsabgeordneter und zugleich Sprecher und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Digitales und Staatsmodernisierung.

Umsatzziel für die Cybersicherheits-Industrie: „über 50 Mrd. Euro“

Mit positivem Narrativ als wirkliche Strategie, mit Blick über die Tellerränder, mit einer breiten Koalition von motivierten Mitstreitern und klaren Zielen sowie verbindlichen Fristen. Und wenn wir es für die Cybernation können, so motiviert es vielleicht andere, es für weitere Teile unserer „Future Nation“ zu tun.

► **Unsere Vision heißt also:**
Deutschland wird das Land mit den sichersten Fabriken, Krankenhäusern und Kommunen der Welt – und das Land, dessen Sicherheitsprodukte und -expertise Millionen Menschen weltweit schützt.

► **Die daraus abgeleitete Mission lautet:**
„Wir sorgen dafür, dass die Schadenshöhe durch Cybersicherheitsvorfälle massiv reduziert und parallel die Umsätze der deutschen Cybersicherheits-Industrie so gesteigert werden, dass sie die Schäden übertreffen.“

Konkret in Zahlen ausgedrückt: Bis zum Jahr 2035 sinkt die Schadenshöhe durch Cyberattacken gemäß BITKOM-Studie von derzeit gut 200 Milliarden Euro auf unter 50 Milliarden Euro. Gleichzeitig steigt der Umsatz der deutschen Cybersicherheits-Industrie auf über 50 Milliarden Euro.

Was auf dem Papier logisch und nüchtern klingt, ist in Wahrheit ein mehrfacher Paradigmenwechsel: Indem wir Sicherheit und Wirtschaft miteinander im Ziel verkoppeln, geht es plötzlich nicht mehr darum, das Spiel möglichst knapp zu verlieren, also den Schaden so gering wie möglich zu halten. Nun ist es Ziel, das Spiel netto zu gewinnen.

Der zweite Paradigmenwechsel ergibt sich hieraus quasi automatisch, denn es ist offensichtlich, dass dies nur machbar ist, wenn das Thema Cybersicherheit ganz anders betrachtet wird, als es bisher größtenteils der Fall ist. Aus einem sicherheitspolitischen Thema – in all seinen Facetten – muss vielmehr ein übergreifendes Thema werden, denn neben massiven Anstrengungen und Änderungen in Sicherheits- und Wirtschaftspolitik benötigen wir dies mindestens ebenso sehr auch in unserer Bildungspolitik.

Wir haben in Deutschland kaum seltene Erden, aber als traditionelles „Ingenieursland“ seltene Fähigkeiten. Umso wichtiger ist es, dass unsere Fachkräfte nicht zu Raritäten werden.

Kristina Kallas, die Bildungs- und Forschungsministerin Estlands, wird im Tagesspiegel wie folgt zitiert: „Die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Estlands hängt davon ab, wie gut wir junge Menschen auf das Zeitalter der Künstlichen Intelligenz vorbereiten.“ Gleiches gilt auch für die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes und dem Inhalt Cybersecurity.

Aber es geht auch nicht nur um unsere Kinder, sondern um die gesamte Bevölkerung. Die Gleichung ist ganz einfach: Je besser unsere Bevölkerung in der Gesamtheit hier Kompetenzen aufbaut, sich selbst zu schützen, desto weniger Fachkräfte brauchen wir, um sie zu schützen. Und je effizienter wir unseren Schutz organisieren, desto weniger Fachkräfte müssen wir hier binden und können diese für die Erreichung unserer wirtschaftlichen Ziele nutzen.

► **Und so schließt sich der Kreis:**
Sicherheitspolitik ist Wirtschaftspolitik ist Bildungspolitik ist Sicherheitspolitik!

Auf Basis dieser strategischen Prämissen entwickelte die BFK und das Redaktionsteam, welches mit hochrangigen Experten aus Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft besetzt war, ein ganzes Empfehlungsbündel mit rund 250 konkreten Empfehlungen in 58 Themen in 6 Handlungsfeldern:

- A Staatliche Sicherheitsarchitektur**
- B Schutz von Ländern und Kommunen**
- C Cybersicherheit als Wirtschaftspolitik**
- D Digitale Souveränität**
- E Bildung von der Kita bis zur Seniorenresidenz**
- F Prinzipien für einen nachhaltigen Erfolg**

Das Feedback auf der mit rund 300 Teilnehmern ausgebuchten Cybernation-Tagung in Juni, unter ihnen Minister, Staatssekretäre und weitere Vertreter aus allen relevanten Ministerien, endete mit einem Gefühl der Aufbruchsstimmung.

Ja, Deutschland ist digitaler Nachzügler. Gleichzeitig genießen wir internationales Vertrauen und haben den Ruf der Gründlichkeit. Gerade in der Cybersecurity geht es nicht nur um Schnelligkeit, sondern eben auch um Gründlichkeit und Vertrauen. Wir haben also genau die Voraussetzungen, um ein führender Produzent von Cybersicherheitslösungen zu werden. Vor 150 Jahren wurde aus dem als Stigma gedachten Label „Made in Germany“ ein Qualitätsversprechen. Genau vor dieser Aufgabe stehen wir erneut: Aus dem digitalen Nachzügler wird ein Beschützer im Cyberraum. Protected by Germany. Wenn wir die richtigen Schlüsse ziehen und konsequent handeln, kann Deutschland das Land werden, das die sichere digitale Welt baut – für sich selbst und für alle, die auf deutsche Technologie vertrauen. ■

Von Nadin Zaya

Die Soziale Marktwirtschaft war für Ludwig Erhard keine Umverteilungsmaschine, sondern ein Rahmen, in dem sich Anstrengung auszahlt. Als stiller Gesellschaftsvertrag war klar: Wer sich anstrengt, steigt unabhängig von seinem Elternhaus auf. Dabei hat Erhards Idee nie die gleichen Ergebnisse, aber gerechte Chancen versprochen. Dieses Versprechen scheitert heute häufig bereits im Klassenzimmer. Nur eins von sechs Kindern, das in einem Elternhaus ohne Abitur und mit geringem Einkommen aufwächst, besucht das Gymnasium. Bei Familien mit zwei akademischen Elternteilen

und hohem Einkommen sind es hingegen vier von fünf Kindern. Noch immer entscheidet die Herkunft stärker über den Bildungsweg als Begabung und Fleiß. Was wie eine Frage der Gerechtigkeit beginnt, endet als Frage des Wohlstands.

Bildung rechnet sich

Bildungsgerechtigkeit muss nicht allein aus Mitgefühl verteidigt werden. Sie ist der stärkste Wohlstandsmotor, den ein Land besitzt. Würden die Bildungsziele der Bundesländer für 2035 erreicht, brächte das über die Lebensspanne eines heute geborenen Kindes knapp 21 Billionen Euro zusätzliche

Wirtschaftsleistung – annähernd das Fünffache dessen, was Deutschland heute in einem Jahr erwirtschaftet. Das ist keine Sozialpolitik, sondern das wäre echte Standortpolitik.

Gute Noten, schwache Substanz

Die Lage der Schulen und der schulischen Leistungen ist dabei ernster, als die glänzenden Zeugnisse vermuten lassen. Knapp ein Drittel der Fünfzehnjährigen gilt als leistungsschwach; in Mathematik verfehlt fast jeder Dritte das Mindestniveau. Eine einfache Gleichung, Prozentrechnung – vielen gelingt das nicht mehr allein. Es sind Grundlagen, ohne die jede Berufs-

Kinder wachsen, wenn wir ihnen etwas zutrauen



ausbildung zur Qual wird. Während die Substanz erodiert, glänzen jedoch viele Zeugnisse. Jeder dritte Abiturient legt inzwischen ein Einser-Abitur ab. Ob dahinter echter Leistungszuwachs steht oder bloß eine Noteninflation, ist wissenschaftlich nicht entschieden. Doch die Spannung zwischen Leistungsabsturz und Notenglanz sollte jeden beunruhigen, der auf das Signal eines Abschlusses vertraut.

Chancen schaffen heißt nicht Ergebnisse gleichmachen

An dieser Stelle scheiden sich die Geister. Bildungsgerechtigkeit heißt nicht, dass am Ende alle denselben Abschluss haben. Sie heißt, dass der Start nicht über das Ziel entscheidet. Der Unterschied ist grundlegend. Gleiche Ergebnisse ersticken die Leistung, gerechte Chancen setzen sie frei. Eine Ordnung, die Leistung ernst nimmt, muss dafür sorgen, dass sich Talent unabhängig vom Elternhaus entfalten kann. Dazu gehört jedoch auch eine Haltung, die uns als Gesellschaft abhandengekommen ist: dass Leistung nichts Anrüchiges ist, sondern etwas Gutes. Dass Kinder wachsen, wenn man ihnen etwas zutraut. Dass auch der Wettbewerb – ja, auch in Form der Bundesjugendspiele – sie stärker macht statt schwächer.

Politisch darf man sich nicht mit dem Reflex begnügen, mehr Geld sei die Antwort. Es ist die Wirkung, die am Ende zählt. Wenn aber nicht der Mitteleinsatz entscheidend ist, sondern die Ergebnisse, muss Bildungspolitik endlich stärker an Qualität als an ausgegebenem Geld gemessen werden.

Bildungsdefizite können so gar nicht erst verschleppt werden. Gerade in der Grundschule müssen Grundlagen wie Lesen, Schreiben und Rechnen sattefest gemacht werden. Verbindliche Sprachstandserhebungen bereits mit vier Jahren müssen selbstverständlich werden, damit die Leistung einer gesamten Klasse nicht an mangelnden Sprachkenntnissen einzelner Kinder leidet. Gleichzeitig braucht es eine Mittelverteilung, die sich stärker an den tatsächlichen Herausforderungen

„Nur was gemessen wird, kann verbessert werden. Gleichzeitig brauchen Schulen mehr Freiheit, eigene Wege zum Erfolg zu gehen.“

orientiert. Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Kinder sollten über einen Sozialindex gezielt zusätzliche personelle und sachliche Ressourcen erhalten. Besonders leistungsstarke Schülerinnen und Schüler brauchen ebenso gezielte Förderung. Der Ausbau von Talentschulen kann dazu beitragen, Potenziale unabhängig von Herkunft sichtbar zu machen und zu entfalten.

Qualität muss messbar sein. Bundesweit vergleichbare Abschlussprüfungen, regelmäßige Bildungsmonitorings und die Veröffentlichung der Ergebnisse schaffen Transparenz darüber, welche Konzepte tatsächlich erfolgreich sind. Nur was gemessen wird, kann verbessert werden. Gleichzeitig brauchen Schulen mehr Freiheit, eigene Wege zum Erfolg zu gehen. Mehr Schulautonomie eröffnet Spielräume für innovative Konzepte, immer verbunden mit einer konsequenten Rechenschaft über die

erreichten Ergebnisse. Wer Aufstieg ernst meint, darf Bildungswege zudem nicht künstlich voneinander trennen. Mehr Durchlässigkeit zwischen den Schulformen ermöglicht es Kindern, sich unabhängig von frühen Weichenstellungen zu entwickeln.

Nichts davon ist marktfeindlich. Im Gegenteil. Wettbewerb funktioniert nur, wenn die Startlinie für alle gleich verläuft. Nicht ohne Grund hat der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums Bildungsgerechtigkeit ein Kernelement der Sozialen Marktwirtschaft genannt. Sie einzulösen ist keine Frage der politischen Haltung, sondern der ökonomischen Vernunft. Das Aufstiegsversprechen war nie das Versprechen gleicher Ergebnisse. Es war das Versprechen gerechter Chancen. Wenn Deutschland wirtschaftlich erfolgreich bleiben will, muss es genau dort wieder ansetzen. Erhard hätte das sofort verstanden. ■



Foto: Florian Schönfeld

Nadin Zaya (27)

ist seit Mai jüngstes Mitglied im Präsidium der FDP und Sprecherin für Bildung, Aufstiegsversprechen und Integration. Beim letzten FDP-Parteitag hielt sie eine auf-rüttelnde, mutige Rede, riss damit viele Delegierte im Saal mit und gilt seitdem als eine Hoffnungsträgerin ihrer Partei. In ihrem Hauptberuf ist sie Rechtsreferendarin am Oberlandesgericht Braunschweig.

STANDPUNKT
STEIGER

Wann, wenn nicht jetzt?

Ein Plädoyer für die Selbstständigkeit

Von Wolfgang Steiger

Die Schlagzeilen gleichen sich beinahe täglich: Unternehmen streichen Stellen, Werke werden geschlossen, Investitionen verschoben. Deutschlands Wirtschaft befindet sich in einer schwierigen Gemengelage aus schwacher Konjunktur, hohen Energie- und Arbeitskosten, überbordender Bürokratie und tiefgreifendem Transformationsdruck. Hinzu kommt ein technologischer Umbruch in einer vielleicht nie zuvor erlebten Dynamik: Künstliche Intelligenz verändert Wertschöpfungsketten in einer Geschwindigkeit, wie wir sie seit der industriellen Revolution kaum erlebt haben.

Es wäre jedoch ein Fehler, diese Entwicklung ausschließlich als Bedrohung für bestehende Arbeitsplätze zu betrachten. Denn jede technologische Revolution vernichtet zwar Tätigkeiten – sie schafft aber zugleich neue Möglichkeiten. Entscheidend ist, ob Politik und Gesellschaft den Mut haben, diese Chancen zu nutzen.

„Die Eintrittsbarrieren sinken. Das individuelle Risiko einer Gründung wird kleiner.“

Gerade die rasanten Fortschritte bei generativer KI könnten zum größten Demokratisierungsschub für unternehmerisches Handeln seit dem Internet werden. Wer heute ein kleines Unternehmen gründet, benötigt längst nicht

mehr zwangsläufig eigene Abteilungen für Buchhaltung, Marketing, Vertrieb, Kundenservice oder Personalverwaltung. Systeme aus spezialisierten, miteinander interagierende KI-Agenten können schon heute einen erheblichen Teil dieser Aufgaben übernehmen – oftmals rund um die Uhr, in hoher Qualität und zu Kosten, die vor wenigen Jahren unvorstellbar gewesen wären.

Man kann also sagen: KI beseitigt Routinetätigkeiten. Man kann aber auch sagen: Sie beseitigt vor allem Knappheiten. Knappheit an Fachwissen. Knappheit an Ressourcen. Knappheit an unternehmerischen Fähigkeiten. Wer eine gute Idee hat, muss perspektivisch deutlich weniger Kapital einsetzen, um daraus ein tragfähiges Geschäftsmodell zu entwickeln. Die Eintrittsbarrieren sinken. Das individuelle Risiko einer Gründung wird kleiner.

Der österreichische Nationalökonom Joseph Schumpeter beschrieb Unternehmertum einst als den Prozess der „schöpferischen Zerstörung“. Genau das erleben wir derzeit. Alte Strukturen geraten unter Druck. Gleichzeitig entstehen Freiräume für Neues.

Gerade Deutschland sollte diesen Moment nutzen. Jahrzehntlang galt das Unternehmertum hierzulande eher als Ausnahme, denn als gesellschaftliches Leitbild. Wer scheitert, haftet schnell mit seinem Ruf. Wer gründet, kämpft

**„Wer unternehmerisches Risiko übernimmt,
benötigt Gestaltungsspielräume.“**

sich durch Formulare, Genehmigungen und Vorschriften. Während andere Volkswirtschaften Gründer als Treiber von Innovation verstehen, begegnet ihnen der deutsche Staat häufig zunächst mit Misstrauen.

Dabei braucht unser Land beides zugleich: wettbewerbsfähige Unternehmen, die wieder mehr reguläre Arbeitsplätze schaffen – und deutlich mehr Menschen, die den Schritt in die Selbstständigkeit wagen. Beides ist kein Widerspruch, sondern ergänzt sich gegenseitig. Jede erfolgreiche Gründung von heute kann das mittelständische Familienunternehmen von morgen sein.

Damit dies gelingt, muss die Politik endlich die richtigen Anreize setzen. Unternehmensgründungen müssen schneller, digitaler und unbürokratischer möglich werden. Genehmigungsprozesse gehören konsequent verschlankt, Meldepflichten reduziert und steuerliche Regelungen vereinfacht. Wer Verantwortung übernimmt, investiert und Risiken trägt, darf nicht das Gefühl haben, sich zuerst durch einen Dschungel staatlicher Vorschriften kämpfen zu müssen.

Ebenso entscheidend ist die steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Ausgestaltung. Selbstständigkeit lebt von Eigenverantwortung. Wer unternehmerisches Risiko übernimmt, benötigt Gestaltungsspielräume – auch bei der Altersvorsorge. Das beabsichtigte Rentenpaket der Bundesregierung ist in der Gesamtschau ein deutlicher Schritt nach vorne. Der Plan jedoch, Selbstständige künftig verpflichtend in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen, sendet ein schwieriges Signal. Gerade in der Gründungsphase zählt jeder Euro Liquidität.

Zusätzliche Pflichtbeiträge erhöhen nicht die Gründungsbereitschaft, sondern erschweren sie. Sinnvoller wäre ein System, das private Vorsorgemodelle anerkennt und individuelle Lösungen zulässt, statt unternehmerische Freiheit weiter einzuschränken.

Ebenso wichtig ist ein modernes Bildungsverständnis. Wirtschaftliche Bildung, unternehmerisches Denken und der kompetente Umgang mit KI gehören bereits in Schulen, Hochschulen und die berufliche Weiterbildung. Wer lernt, Technologien produktiv einzusetzen, wird aus KI keinen Konkurrenten machen, sondern einen Hebel für den eigenen Erfolg.

Der französische Philosoph und Publizist Alexis de Tocqueville schrieb einst: „Was den Menschen auszeichnet, ist weniger die Größe seiner Mittel als der Gebrauch, den er davon macht.“ Selten war dieser Gedanke aktueller als heute. Die Werkzeuge für unternehmerisches Handeln waren nie leistungsfähiger und gleichzeitig nie so leicht zugänglich wie im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz.

Deutschland diskutiert derzeit viel über den Verlust von Arbeitsplätzen. Vielleicht sollten wir stattdessen häufiger darüber sprechen, wie wir mehr Unternehmer gewinnen. Denn Wohlstand entsteht nicht dadurch, dass bestehende Strukturen möglichst lange konserviert werden. Er entsteht dort, wo Menschen Neues wagen, Verantwortung übernehmen und Ideen in Wertschöpfung verwandeln.

KI wird den Arbeitsmarkt radikal verändern – daran besteht kein Zweifel. Ob daraus vor allem Unsicherheit entsteht oder eine neue Gründerkultur erwächst, ist jedoch keine technologische, sondern eine politische Entscheidung. Die Voraussetzungen für einen Gründungs-Boom waren selten günstiger als heute. Es wäre fahrlässig, diese historische Chance ungenutzt verstreichen zu lassen. ■



Foto: Jens Schicke

Wolfgang Steiger
Generalsekretär
des Wirtschaftsrates der CDU

Impressionen

Ein Wirtschaftstag der Rekorde in herausfordernden Zeiten



„Es ist ganz, ganz wichtig, dass Politik und Wirtschaft in diesen Tagen zusammenstehen und gemeinsam Lösungen finden.“

Dr. Gernot Döllner, Vorsitzender des Vorstands, AUDI AG





Rund 4.000 Teilnehmer in Präsenz
Mehr als 60.000 im Livestream



„Gute Politik startet mit Zuhören, mit Gedanken aufnehmen und das erlebt man hier.“

Manfred Weber, Partei- und Fraktionsvorsitzender der EVP

manfred.weber und wirtschaftsrat



543 · Insights ansehen

35 2

Gefällt cducueuropa und weiteren Personen
manfred.weber Wirtschaftstag 2026 in Berlin: Die wirtschaftliche Stärke des Kontinents hängt vom EU-Binnenmarkt ab. Hier stehen wir vor entscheidenden Weichenstellungen: Energie und Dienstleistungen müssen noch stärker im Binnenmarkt abgebildet werden. Wir brauchen keine Angst vor Wettbewerb und offenen Märkten zu haben. Mehr Wettbewerbsfähigkeit und Souveränität werden wir auch durch Technologie und Forschung erreichen. Deshalb wird im neuen EU-Haushalt noch mehr in Forschung und Technologie investiert werden. Jeder Euro für F&E ist eine Investition in die Zukunft der EU.





„Unser Standort steht nach wie vor dringend vor einer Fitnesskur. Und der Wirtschaftsrat ist der Ort, wo man über diese Fitnesskur spricht und der uns diese auch verschreibt.“

Katherina Reiche,
Bundesministerin für Wirtschaft
und Energie



„Vielleicht der wichtigste wirtschaftspolitische Kongress, weil er so viele Branchen abdeckt und so viele unterschiedliche Unternehmen repräsentiert.“

Friedrich Merz, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland



Botschaft Israel @IsraelinGer... · 59m X
Außenminister @gidonsaar beim Wirtschaftstag des @Wirtschaftsrat der @CDU in Berlin

„60 Jahre Beziehungen – nie selbstverständlich, aber von großer Substanz.“
Israels Wirtschaft sei trotz Krisen stark: „In einer Welt, in der Sicherheit mit wirtschaftlicher Stabilität verknüpft ist, ist Israel stärker denn je.“

„Die globale Ordnung, die freie Welt und Europa insgesamt stehen vor großen Herausforderungen. Ohne starke und verlässliche Partnerschaften wird es sehr schwierig sein, diese zu bewältigen. Ich bin überzeugt, dass Israel dazu beitragen kann, dass Deutschland die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft meistert – ebenso wie Deutschland auf ähnliche Weise Israel unterstützen kann.“

Fotos: Shalev Man



2 1 17 563 +

„I think I will come every year.“ Gideon Saar, Außenminister von Israel





*„Der Wirtschaftstag ist ein Treffpunkt der Unternehmer,
ein Treffpunkt der Wirtschaft hier in Deutschland.“*

Thorsten Frei MdB, Vorsitzender der Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag



„Der Wirtschaftstag ist in jedem Jahr eines der Pflicht-Events, die wir hier in Berlin haben.“

Patrick Schnieder MdB,
damaliger Bundesminister für Verkehr



Fotos: Hans-Christian Plambeck, Jens Schicke, Christian Thiele, Social Media Kanäle: CDU (LinkedIn);
Israelische Botschaft (X); Hanno Pevkur; Jens Spahn (Instagram); Manfred Weber (LinkedIn); Wirtschaftsrat

Astrid Hamker

„Die Dringlichkeit für weitere Reformschritte ist unübersehbar“

Politik braucht Mehrheiten. Doch wirklich bewegt wird sie von einem Momentum, jenen seltenen Phasen, in denen eine Regierung über parlamentarische Stärke, gesellschaftlichen Rückhalt und den Mut zu tiefgreifenden Veränderungen verfügt. Für die Präsidentin des Wirtschaftsrates ist dieser Moment gekommen. Gut ein Jahr nach dem Regierungswechsel stellt Astrid Hamker auf dem Wirtschaftstag Anfang Mai in Berlin die entscheidende Frage: Hat die Bundesregierung die seltene Chance eines echten Neustarts in der Wirtschaftspolitik entschlossen genug genutzt?

Ihre Antwort fällt ebenso differenziert wie eindeutig aus. Hamker erkennt durchaus Fortschritte an. Unter Friedrich Merz als Bundeskanzler werde

Deutschland in Europa wieder als verlässlicher Partner wahrgenommen. In der Innenpolitik seien wichtige Reformen wie die Reform des Bürgergeldes, der gesetzlichen Krankenversicherung und des Heizungsgesetzes angestoßen worden.

Doch gerade deshalb fragt sie: Was wäre noch möglich? Aus ihrer Sicht bietet die Koalition mit den Sozialdemokraten noch mehr Spielraum für wirtschaftspolitische Erneuerung, als die Union bislang genutzt hat.

Die Dringlichkeit für weitere Reformschritte ist unübersehbar. Geopolitische Konflikte, Kriege und eine Neuordnung der internationalen Handelsbeziehungen lassen Deutschland keine Atempause. Hamker erinnert an einen Satz des damals frisch ins Amt

gekommenen Kanzlers in seiner Rede auf dem Wirtschaftstag des Vorjahres: Deutschland kann seine Probleme aus eigener Kraft lösen. Genau daran

„Die Geduld der Wirtschaft ist erschöpft.“

misst die Hamker jetzt die Bundesregierung. Wer auf Mehrheiten und Rückhalt in der Bevölkerung bauen kann, muss den Mut zu konsequenten ordnungspolitischen Reformen aufbringen, um das Land nach Jahren der Stagnation wieder nach vorn zu bringen.

Dass die Geduld der Wirtschaft erschöpft ist, belegt eine Umfrage des Wirtschaftsrates: 96 Prozent der Mitgliedsunternehmen halten das Reformtempo für zu langsam, gut vier von fünf Unternehmen sehen die internationale Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt. Für Astrid Hamker ergibt sich daraus ein klarer Auftrag: „Mehr Rückenwind für grundlegende Reformen geht eigentlich nicht.“ Die Chance für tiefgreifende Veränderungen sei da, nun müsse sie umso entschlossener genutzt werden.

Zugleich gelte es, hier nutzt Hamker ein Zitat Ludwig Erhards, „gegen Unfug zu kämpfen“. Der Verweis auf die ordnungspolitische Tradition des Wirtschaftsrates und die Soziale Marktwirtschaft mündet in einen eindringlichen Appell an den Bundeskanzler: „Es ist buchstäblich fünf vor zwölf.“ ■



Foto: Hans-Christian Plambeck

Der Bundeskanzler tritt ans Mikrofon, als der „Fünf vor 12“ Appell der Wirtschaftsrats-Präsidentin noch nachhallt im Saal. Die Probleme des Landes beschreibt der Bundeskanzler nahezu deckungsgleich mit der Analyse des Wirtschaftsrates. Doch die eigentliche Botschaft der Rede von Friedrich Merz beginnt dort, wo die Diagnose endet. Denn so ernst die Lage auch sei, mindestens ebenso sehr besorgt Merz, dass sich die Krisenerzählung inzwischen weitgehend verselbstständigt habe. Er fragt: „Glauben wir eigentlich noch selbst daran, dass wir diese Blockaden gemeinsam lösen und überwinden können?“



Foto: Hans-Christian Plambeck

Friedrich Merz

„Wir werden nur erfolgreich sein, wenn wir wieder das Gemeinsame in den Blick nehmen“

Mit dem vielerorts um sich greifenden Zukunftspessimismus will sich der CDU-Vorsitzende nicht abfinden. „Wir sind nicht hilflos. Wir sind nicht hoffnungslos, und wir sind schon gar nicht verloren“, ruft er den Besuchern des Wirtschaftstages zu.

„Wir sind nicht hilflos. Wir sind nicht hoffnungslos, und wir sind schon gar nicht verloren.“

Das Zukunftsbild, das Friedrich Merz zeichnet, ist ein optimistisches: „Ich glaube daran, dass das Deutschland des Jahres 2035 ein Land sein wird, das wieder an sich glaubt, ein Land, das frei ist, das sicher geblieben ist und das seinen Wohlstand auch für nach-

folgende Generationen erhält.“ Sein Optimismus gründet auf den Stärken Deutschlands, auf innovativen Unternehmen, einem leistungsfähigen Mittelstand und auf Industrieunternehmen, die auch unter schwierigen Bedingungen weiterhin Maßstäbe setzen.

Aus dieser Zuversicht erwächst zugleich der politische Anspruch des Regierungschefs. Auch für Merz ist das Momentum da, einen neuen wirtschaftspolitischen Kurs einzuschlagen. Mit der Bundestagswahl habe sich erstmals seit Jahren eine tragfähige Konstellation hierfür ergeben. Union und SPD müssten den Reformauftrag der Wähler nun gemeinsam einlösen. Dass dies beiden Seiten schwierige Kompromisse abverlange, verhehlt der Bundeskanzler nicht – gerade in

dieser Kompromissfähigkeit liege die Verantwortung der demokratischen Mitte. „Ich werde dieses Land nicht den radikalen Kräften überlassen. Ich bin fest entschlossen, diese Koalition zum Erfolg zu führen.“

Wer die Demokratie und die Soziale Marktwirtschaft infrage stelle, gefährde auch die Reformfähigkeit des Landes. Wirtschaftliche Stärke und demokratische Stabilität seien zwei Seiten derselben Medaille. „Wir werden nur erfolgreich sein, wenn wir wieder das Gemeinsame in den Blick nehmen und wenn Wirtschaft und Politik an einem Strang ziehen.“ Deutschland habe in seiner Geschichte die größten Herausforderungen immer dann bewältigt, wenn alle gesellschaftlichen Kräfte an einem Strang gezogen hätten. ■

RÜCKBLICK | EINBLICK | AUSBLICK

BADEN-WÜRTTEMBERG

Vom Ländle nach Brüssel: Im Dialog für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort Europa

Wie entstehen europäische Entscheidungen – und wie können Unternehmen ihre Perspektiven frühzeitig einbringen? Antworten auf diese Fragen suchte eine Delegation des Wirtschaftsrats Baden-Württemberg bei einer dreitägigen Reise nach Brüssel unter der Leitung von Michael Klas, Sprecher der Sektion Balingen/Sigmaringen. Im Mittelpunkt standen Gespräche mit Vertretern der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und der NATO. Zum Auftakt auf der Agenda standen Gespräche mit Dr. Markus Schulte, Hauptberater in der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission, über Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftliche Entwicklung und finanzpolitische Herausforderungen. Im Anschluss zeigte Bodo Lehmann, Leiter der Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union, wie Baden-Württemberg seine Anliegen in Brüssel einbringt. Thomas Ossowski, Ständiger Vertreter Deutschlands bei der Europäischen Union, er-

gänzte dies mit Einblicken in die Rolle Deutschlands und aktuelle Entscheidungsprozesse auf EU-Ebene.

Ein weiterer Schwerpunkt der Reise war das Zusammenspiel von Wirtschaft und Sicherheit. Beim Austausch mit Benjamin Hartmann aus dem Kabinett von EU-Kommissar Andrius Kubilius standen europäische Sicherheit, Verteidigungsfähigkeit und Innovationskraft im Mittelpunkt. Im NATO-Hauptquartier erläuterte Andreas Wutz, First Secretary der Deutschen Delegation bei der NATO, die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen.

Im Europäischen Parlament richtete sich der Blick auf die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen Europas. Prof. Dr. Andrea Wechsler MdEP, Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, erläuterte, welche Voraussetzungen ein innovations- und wettbewerbsfähiger Industriestandort künftig benötigt. Andreas Schwab

MdEP, Vorsitzender des Haushaltskontrollausschusses, sprach über Bürokratieabbau, Berichtspflichten und eine effizientere Verwendung europäischer Mittel. Den Abschluss bildete ein Austausch mit Jan Hendrik Dopheide aus dem Kabinett von EU-Kommissar Maroš Šefčovič über Handelspolitik, wirtschaftliche Resilienz und die internationale Wettbewerbsfähigkeit Europas.

Das Fazit der Delegationsreise: Wettbewerbsfähigkeit entsteht im Dialog. Der direkte Austausch mit europäischen Entscheidungsträgern ermöglicht wertvolle Einblicke in politische Prozesse und macht deutlich, wie wichtig es ist, die Anliegen des Mittelstands frühzeitig auf europäischer Ebene einzubringen.



Foto: Wirtschaftsrat

Austausch mit Andreas Schwab MdEP, Vorsitzender des Haushaltskontrollausschusses (stehend).

SCHLESWIG-HOLSTEIN

„Es wird noch viele Möglichkeiten für deutsch-indische Zusammenarbeit geben“

Das diesjährige Sommerfest des Landesverbandes Schleswig-Holstein stand ganz im Zeichen der Republik Indien. Unter dem Leitgedanken „Fokus Indien – Chancen der deutsch-indischen Zusammenarbeit“ kamen Mitglieder, Gäste aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft sowie Vertreter des diplomatischen Korps auf Gut Emkendorf zusammen. In seiner Begrüßung betonte Dr. Christian

von Boetticher, Landesvorsitzender des Wirtschaftsraates Schleswig-Holstein, die besondere Bedeutung des deutsch-indischen Austauschs. Gerade angesichts globaler wirtschaftlicher und geopolitischer Veränderungen sei es wichtig, internationale Partnerschaften zu stärken und neue Chancen für Unternehmen, Wissenschaft und Gesellschaft in den Blick zu nehmen.

Im Mittelpunkt des Abends stand der Austausch mit S.E. Ajit Gupte, Botschafter der Republik Indien in Deutschland. In seiner Ansprache gab er den Gästen einen umfassenden Einblick in die wirtschaftliche, gesellschaftliche und geopolitische Bedeutung Indiens und zeigte auf, welche Chancen sich daraus für die Zusammenarbeit mit Deutschland ergeben.

Indien werde, so der Botschafter, für Deutschland und Europa immer wichtiger. Mit der größten Bevölkerung der Welt, einer dynamischen Wirtschaft und einer stark wachsenden Mittelschicht sei Indien heute einer der wichtigsten Zukunftsmärkte und zugleich ein zentraler Partner in einer zunehmend multipolaren Weltordnung.

Botschafter Gupte hob hervor, dass Indien nicht nur durch seine Größe, sondern vor allem durch seine wirtschaftliche Dynamik, seine junge Bevölkerung und seine Innovationskraft geprägt sei. Besonders in den Bereichen Wissenschaft, Technologie, Digitalisierung, erneuerbare Energien und industrielle Entwicklung eröffneten sich vielfältige Möglichkeiten für eine engere deutsch-indische Zusammenarbeit. Der Botschafter machte deutlich, dass Indien und Deutschland bereits heute auf vielen Ebenen eng verbunden sind. Deutsche Unternehmen seien in Indien stark vertreten, während zugleich immer mehr indische



Foto: Wirtschaftsrat

Dr. Christian von Boetticher (Vorsitzender Landesverband Schleswig-Holstein), S.E. Ajit Gupte (Botschafter der Republik Indien in Deutschland), Vineeta Desai (Gründerin der Bridge Now GmbH, die qualifizierter Pflegefachkräfte aus Indien für den deutschen Gesundheits- und Pflegesektor gewinnt, vorbereitet und integriert).

Fachkräfte, Studentinnen und Studenten sowie Unternehmer den Weg nach Deutschland fänden. Diese Verbindung biete große Chancen – sowohl für die deutsche Wirtschaft als auch für die weitere Entwicklung Indiens.

Gerade vor dem Hintergrund des zunehmenden Fachkräftemangels in Deutschland könne eine vertiefte Zusammenarbeit neue Perspektiven eröffnen.

BREMEN

Sommerfest mit CDU/CSU-Fraktionsvize Middelberg

Bei sommerlichem Wetter lud der Wirtschaftsrat Bremen zu seinem traditionellen Sommerfest. Der besondere Dank des Landesvorsitzenden Jörg Müller-Arnecke galt Britta Anna Grashoff, Leiterin der Geschäftsstelle Bremen bei M.M. Warburg & CO und Sponsorin des Abends, sowie dem Ehrengast Dr. Mathias Middelberg, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Zum Auftakt machte Müller-Arnecke deutlich: Nur eine starke Wirtschaft kann Wachstum schaffen und damit auch einen leistungsfähigen Sozialstaat sichern. Unternehmen brauchten wieder mehr Freiraum für Investitionen und Innovationen.

Auch Britta Anna Grashoff betonte den Wert des Austauschs zwischen Wirtschaft, Politik und Wissenschaft. Gerade in wirtschaftlich anspruchsvollen Zeiten seien solche Gespräche wichtig, um unterschiedliche Perspektiven zusammenzubringen und gemeinsame Lösungen zu entwickeln.

Im Mittelpunkt des Abends stand der Impulsvortrag von Mathias Middelberg. Er gab einen Einblick, wie sich Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit gezielt stär-

ken lasse. Dafür brauche es vor allem schnellere Verfahren, weniger Bürokratie, steuerliche Entlastungen und bezahlbare Energie. Gleichzeitig sprach er sich für ein schlüssiges Gesamtkonzept bei den anstehenden Sozialreformen aus.

Die anschließenden Gespräche boten Raum für Fragen, neue Perspektiven und den direkten Dialog zwischen Wirtschaft und Politik.



Foto: Markus Stengel

Hochkarätiger Besuch aus der Hauptstadt: Dr. Mathias Middelberg beim Sommerfest in Bremen.

NORDRHEIN-WESTFALEN

„Unser Land hat immer noch enormes Potenzial“

Anfang Juli hatte sich der Koalitionsausschuss der Bundesregierung auf ein größeres Reformpaket verständigt. „In der Summe ein durchaus starker Aufschlag“, sagte Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates, beim Bundespolitischen Dialog der Sektion Köln.

Tempo machen, zügig umsetzen, die nächsten Schritte mutig angehen: Das ist für Steiger der Weg, damit Deutschland endlich wieder nach vorne kommt. Diesem Appell schlossen sich Sektionssprecherin Dr. Sandra von Möller, Gabriele Kirchhof für den Gastgeber Ernst & Young und Kölns Bürgermeisterin Teresa De Bellis-Olinger an.

Mehr Mut ist, so Steiger, vor allem in den Bereichen Steuern und Abgaben und beim Sozialstaat gefragt. Eine weitere Belastung der Leistungsträger (Stichwort Reichensteuer)

sei da absolut kontraproduktiv. Bei Sozialleistungen müsse grundlegend gehandelt werden. Immer neue Umverteilungsideen „zerstören am Ende diesen Sozialstaat“, so Steiger. „Wer arbeitet, muss deutlich mehr Geld bekommen als die Bezieher von Transferleistungen.“ Das sei „die Grundlage für die Akzeptanz unseres politischen Systems“. Es brauche daher „entschlossene Strukturreformen“, nicht zuletzt, weil viele Probleme hausgemacht seien.

Trotz dieser Kritik: Wolfgang Steiger sieht die Regierung auf dem richtigen Weg. Dies gelte jedenfalls in den Fällen, wenn die unionsgeführten Ministerien die Richtung vorgeben. Neben dem Reformpaket („kann ein Impulsgeber für Wachstum und Beschäftigung sein“) stünden der Investitionsbooster, die Abschaffung des Bürgergeldes sowie die Migrationspolitik positiv in der Bilanz. Wichtig seien zudem wettbewerbsfähige Energiepreise und damit eine Klima- und Energiepolitik, die den „Anforderungen eines Industriestaates gerecht wird“.

Ebenso essentiell sei die schnelle Umsetzung der Maßnahmen zum Bürokratieabbau, die das Ministerium für Digitales und Staatsmodernisierung angestoßen hat. „Der Wirtschaftsrat war hier Impulsgeber und darauf dürfen wir stolz sein“, so Steiger.

„Unser Land hat immer noch enormes Potential, eine starke industrielle Basis, hochqualifizierte Arbeitskräfte.“ Es gelte nun, auf Chancen, Innovation und Wachstum zu setzen, statt auf Verzicht und Regulierung. Steiger: „Wir als Wirtschaftsrat sind notfalls das letzte gallische Dorf, das die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verteidigt.“



Foto: Ulrich Gunka

Gabriele Kirchhof (Partner, Leiterin Government & Public Sector Tax, EY Tax GmbH Steuerberatungsgesellschaft), Teresa De Bellis-Olinger (Bürgermeisterin der Stadt Köln), Wolfgang Steiger (Generalsekretär, Wirtschaftsrat der CDU e.V.), Dr. Sandra von Möller (Sprecherin der Sektion Köln).

BERLIN-BRANDENBURG

„Die Energiewende gelingt nur mit klaren Prioritäten“

Im Berlin Capital Club diskutierte der Wirtschaftsrat Berlin-Brandenburg mit Dr. Christian Bruch, CEO von Siemens Energy, die konkrete Ausgestaltung der Energiewende. Zentrale Frage: Welche Schritte jetzt nötig, um Versorgung zu sichern und zugleich die industrielle Basis in unserem Land zu stärken?

Der DAX 40-Manager machte klar: Der Strombedarf steigt schneller als vielfach angenommen. Elektrifizierung,

Digitalisierung und klimaneutrale Produktion treiben die Nachfrage. Daraus folgt ein klarer Auftrag: Netze schneller ausbauen, Anschlüsse schaffen, Systeme robuster machen. Ohne Tempo bei der Infrastruktur verliert die Energiewende an Wirkung.

Zugleich warb Bruch für ein integriertes Systemdenken. Erneuerbare allein reichten demnach nicht. Flexible Gaskraftwerke blieben notwendig, um Lastspitzen abzufangen

und Versorgungslücken zu schließen. Klimaschutz und Versorgungssicherheit seien keine Gegensätze, sondern müssten parallel organisiert werden.

Ein konkretes Beispiel: Beim Offshore-Ausbau fehlt oft die Synchronisierung mit den Netzen. Projekte entstehen, doch Anschlüsse verzögern sich. Das kostet Effizienz und Zeit. Hier liegt weniger ein Technologie- als ein Steuerungsproblem.

Dr. Nikolaus Breuel, der Vorsitzende des Landesverbandes Berlin-Brandenburg des Wirtschaftsrates, setzte den ordnungspolitischen Rahmen. Unternehmen würden nur dann investieren, wenn Regeln verlässlich sind. „Planbarkeit, konsistente Regulierung und wettbewerbsfähige Energiepreise entscheiden über Standorte.“ Energiepolitik sei damit Kern einer modernen Industriepolitik.

Im internationalen Vergleich trat der Siemens Energy-Chef derweil verbreiteten Annahmen entgegen. Auch andere Märkte würden mit Hürden kämpfen. Deutschlands Stärke liege in Industrie, Know-how und Infrastruktur. Entscheidend sei, diese Basis nicht zu schwächen, sondern gezielt zu entwickeln.



Foto: Wirtschaftsrat

Dr. Christian Bruch (CEO der Siemens Energy AG), Dr. Nikolaus Breuel (Vorsitzender des Landesverbandes Berlin-Brandenburg).

Die zentrale, gemeinsame Botschaft des Austausches: Die Energiewende gelingt nur mit klaren Prioritäten. Infrastruktur beschleunigen, Systeme verknüpfen, Investitionen ermöglichen. Politik muss verlässliche Leitplanken setzen, Unternehmen müssen umsetzen.

Anzeige



Gemeinschaft lebt vom Dialog

„Gemeinschaft lebt vom Dialog. Wenn der Einzelne seine Stimme einbringt, bleibt Gemeinschaft lebendig und bewahrt ihre Fähigkeit, neue Erkenntnisse zu gewinnen und sich weiterzuentwickeln. Umso wichtiger ist es, die persönliche Begegnung zu suchen und Gespräche zu führen, in denen wir uns freimütig mitteilen und einander wohlwollend zuhören.“

Christoph Werner,
Vorsitzender der Geschäftsführung
von dm-drogerie markt



HIER BIN ICH MENSCH
HIER KAUF ICH EIN

HESSEN

Sicherheit braucht Kapital: Frankfurt diskutiert die Finanzierung europäischer Verteidigungsfähigkeit

Wie kann Sicherheit verlässlich, dauerhaft und zugleich finanzwirtschaftlich tragfähig finanziert werden? Diese Frage stand im Mittelpunkt einer Veranstaltung des Netzwerkes Finanzplatz Frankfurt am 25. Juni.

Sandra Veseli, Managing Director and Head of EU bei Moody's Deutschland, verwies auf Deutschlands sicherheitspolitische und industrielle Schlüsselrolle. Gerade Frankfurt als einer der zentralen Kapitalmarktstandorte Europas dürfe in dieser Debatte nicht aus dem Blick geraten. Entscheidend sei, bestehende Finanzierungslücken zu identifizieren und Wege zu finden, privates Kapital gezielt für Verteidigung, Sicherheit und Resilienz zu aktivieren. Die anschließende Podiumsdiskussion brachte Perspektiven aus Finanzwirtschaft, Politik, Kapitalmarkt und In-

dustrie zusammen. Auf dem Podium diskutierten Robert Jaeger (Managing Director und Head of Corporate Lending Germany bei der Commerzbank AG), Dr. Johannes Loheide (Hessischer Staatssekretär für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum), Jörg Müller (Head of Public Affairs DACH bei der Defence, Security & Resilience Bank), Sven Reinke (MD Corporate Finance CFG bei Moody's Ratings) sowie Christian Fleischhauer (Managing Director der MBS GmbH). Moderiert wurde die Runde von Dr. Carsten Lehr, dem Sprecher des Netzwerkes Finanzplatz Frankfurt.

Eines wurde besonders deutlich: Verteidigungsfinanzierung kann nur im Zusammenspiel von Staat, Industrie, Banken und Kapitalmärkten gelingen. Für Unternehmen der Verteidigungswirtschaft ist von zentraler Bedeutung, ob belastbare Aufträge bestehen und wie verlässlich Beschaffungsprozesse ausgestaltet sind. Planungssicherheit wurde als wesentliche Voraussetzung beschrieben, um Finanzierungen zu ermöglichen und Risiken besser einschätzen zu können. Gerade in einem Markt mit wenigen öffentlichen Auftraggebern ist Diversifizierung für viele Unternehmen schwierig. Umso wichtiger sind klare politische Signale, verlässliche Auftragsstrukturen und langfristige Perspektiven.

Auch die europäische Dimension spielte in der Diskussion eine wichtige Rolle. Angesichts technologischer Abhängigkeiten müsse Europa seine Zusammenarbeit im Bereich Verteidigung, Sicherheit und Resilienz deutlich ausbauen.



Robert Jaeger (Managing Director und Head of Corporate Lending Germany Commerzbank AG), Christian Fleischhauer (Managing Director, MBS GmbH), Sven Reinke (MD Corporate Finance CFG, Moody's Ratings), Dr. Johannes Loheide (Hessischer Staatssekretär für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum), Jörg Müller (Head of Public Affairs DACH, Defence, Security & Resilience Bank), Dr. Carsten Lehr (Sprecher des Netzwerkes Finanzplatz Frankfurt).

HAMBURG

Für eine klare Prioritätensetzung in der Infrastruktur- und Verkehrspolitik

Die Hamburger Verkehrspolitik steht vor ebenso grundlegenden wie wegweisenden Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund sprach Verkehrssenator Dr. Anjes Tjarks im Hafen-Klub vor und mit den Mitgliedern des Wirtschaftsrates Hamburg über die Zukunft von Infrastruktur und Mobilität in der Hansestadt.

Der Grünen-Politiker forderte, mit dem Geld aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität jetzt die richtigen Prioritäten zu setzen und die bestehende Infrastruktur zu sanieren. Kernpunkt sei im Angesicht

endlicher Ressourcen die Frage nach der Prioritätensetzung, die von der Politik klarer beantwortet werden müsse. So komme es etwa darauf an, Baustellen besser und schneller umzusetzen. Neben Änderungen im Vergaberecht brauche es dafür ein vermehrtes Bauen unter Vollsperrung – und zwar auch in innerstädtischen Wohngebieten und auch unter der Inkaufnahme von mehr Baulärm.

Essenziell, so der Senator, sei auch das Thema Smart Mobility. „Wir reden jetzt von kleinen Bussen, aber wenn irgendwann Lkws autonom fahren, wird jeder Spediteur

autonom fahrende Lkws bevorzugen, weil die Kosten pro Kilometer so viel besser sind.“ Autonomes Fahren wiederum sei essentiell, um ein hohes Leistungsniveau im ÖPNV mit den Erfordernissen einer grünen Mobilitätswende zu verbinden. Bei diesem Thema dürften aber Sicherheitsaspekte keinesfalls außer acht gelassen werden aufgrund der Ausstattung autonomer Fahrzeuge mit Kameras und Sensoren.

Abschließend plädierte der Senator dafür, sich aufstehende Chancen zu nutzen, um die Zukunft zu gestalten und nicht auf andere zu warten und bat um Unterstützung bei den vorgestellten Projekten: „Am Ende des Tages ist eine Stadt nicht dann am erfolgreichsten, wenn immer alle einer Meinung sind, sondern wenn sie sich auf die großen Linien der Politik verständigt und dann möglichst lange in dieselbe Richtung zieht.“



Foto: Wirtschaftsrat

Senator Dr. Anjes Tjarks, Präses der Behörde für Verkehr und Mobilitätswende der Freien und Hansestadt Hamburg

NIEDERSACHSEN

„Schießt Geld doch Tore?“

Diese Frage stand im Mittelpunkt einer Abendveranstaltung der Sektion Elbe-Weser in Hannover. Das Podium war mehr als fachkundig besetzt: Dabei waren Martin Kind (Vorsitzender des Aufsichtsrats bei Hannover 96), Ansgar Heise (Geschäftsführender Gesellschafter der Heise Gruppe und Trikotsponsor von Hannover 96), Dieter Hecking (Geschäftsführer Sport beim VfL Wolfsburg) sowie der frühere DFB-Präsident und ehemalige Bundestagsabgeordnete Reinhard Grindel. Sie diskutierten darüber, ob und wie sportliche Spitzenleistungen trotz begrenzter finanzieller Mittel möglich sind und welchen wirtschaftlichen Mehrwert der Profifußball über den Sport hinaus schaffen kann.



Foto: Wirtschaftsrat Niedersachsen

Reinhard Grindel, Diana Rieck-Vogt, Dieter Hecking, Martin Kind, Ansgar Heise, Cindy Gallien, Karsten Seebandt und Dirk Abeling.

Schnell herrschte Einigkeit, dass insbesondere die Attraktivität des Wettbewerbs einen wesentlichen Beitrag leiste – weit über Jobs oder Steuereinnahmen hinaus.

Am Beispiel des SV Elversberg veranschaulichte Dieter Hecking, dass sportlicher Erfolg erhebliche wirtschaftliche Impulse für eine Region auslösen kann. Martin Kind griff dies auf und zog einen Vergleich zwischen dem Aufstieg seines Vereins und dem Entwicklungsschub, den die Region Hannover durch die Expo 2000 erfahren habe. Die 1. Bundesliga sei weit mehr als ein sportlicher Wettbewerb: Sie fungiere als Plattform für regionale Identität, Standortmarketing und wirtschaftliche Entwicklung. Gerade kleinere Regionen könnten von der bundesweiten Aufmerksamkeit profitieren – etwa durch steigenden Tourismus und eine stärkere regionale Wertschöpfung.

Ansgar Heise wusste zu berichten, dass das Sponsoring die Markenbekanntheit der Heise Gruppe deutlich gesteigert und die Identifikation der Mitarbeitenden mit dem Unternehmen gestärkt hat. Darüber hinaus könne ein solches Engagement einen wichtigen Beitrag zur Gewinnung von Fachkräften leisten und neue, insbesondere jüngere Zielgruppen ansprechen.

In der Diskussion wurde deutlich, dass finanzielle Investitionen die sportliche Leistungsfähigkeit eines Vereins erheblich beeinflussen können. Gleichzeitig stärken sie die Strahlkraft einer Marke – sowohl auf dem Spielfeld als auch darüber hinaus. Geld schaffe also die Voraussetzungen für sportlichen Erfolg und entfalte zugleich wirtschaftliche und gesellschaftliche Wirkung – und schieße damit am Ende – wenn auch indirekt – eben doch Tore.

SACHSEN

Der Dual-Fluid-Reaktor: Ein Baustein für die Energieversorgung der Zukunft?

Am 25. Juni 2026 lud der Wirtschaftsrat Sachsen zu der Fachveranstaltung „Der Dual-Fluid-Reaktor – eine revolutionäre Energiequelle aus Deutschland“ ein. Gastgeber waren Dr. Dino Uhle, Landesgeschäftsführer des Wirtschaftsrates Sachsen, sowie Dr. Thomas Werner, Vorsitzender der Landesfachkommission Energie. Als Referenten präsentierten die Entwickler des Dual-Fluid-Reaktors, Dr. Götz Ruprecht und Dr. Armin Huke vom Institut für Festkörper-Kernphysik (IFK) sowie der Dual Fluid Energy Inc., den aktuellen Entwicklungsstand und die Perspektiven dieser innovativen Technologie.

Im Mittelpunkt stand die Funktionsweise des Dual-Fluid-Reaktors. Das Konzept trennt Brennstoff und Kühlmittel in zwei unabhängige Flüssigkeitskreisläufe. Dadurch lassen sich deutlich höhere Betriebstemperaturen und Wirkungsgrade erreichen als bei konventionellen Leichtwasserreaktoren. Gleichzeitig ermöglicht die Bauweise eine effizientere Brennstoffnutzung, die Verwertung langlebiger radioaktiver Reststoffe und eine inhärent hohe Betriebssicherheit.

Die Entwickler erläuterten, dass der Dual-Fluid-Reaktor als Small Modular Reactor (SMR) flexibel einsetzbar sei und sowohl Strom als auch industrielle Prozesswärme bereitstellen könne. Dank seiner kompakten Bauweise eigne er sich insbesondere für energieintensive Industrien und könne erneuerbare Energien durch verlässliche, emissionsfreie Grundlast ergänzen. Vor dem Hintergrund eines steigenden Energiebedarfs eröffne die Technologie damit erhebliche wirtschaftliche Chancen für den Industriestandort Deutschland: wettbewerbsfähige Energiepreise, höhere Versorgungssicherheit, geringere Importabhängigkeit sowie neue Innovations- und Exportpotenziale.

Auch die nächsten Schritte auf dem Weg zur Marktreife wurden vorgestellt. Mit dem 2023 geschlossenen Abkommen zwischen der Dual Fluid Energy Inc. und der ruandischen Atomenergiebehörde wurde der Bau einer Demonstrationsanlage vorbereitet. Ruanda stellt dafür Standort und Infrastruktur bereit, während Dual Fluid Energy die technische Umsetzung verantwortet. Nach Abschluss der Finanzierung soll der Demonstrationsreaktor innerhalb von zwei Jahren errichtet und anschließend im mehrjährigen Testbetrieb unter realen Bedingungen erprobt werden. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen die Grundlage für die spätere kommerzielle Nutzung der Technologie schaffen.

Die anschließende Diskussion verdeutlichte das große Interesse der Teilnehmenden an den technologischen, regulatorischen und wirtschaftlichen Perspektiven des Dual-Fluid-Reaktors. Der Wirtschaftsrat Sachsen unterstrich mit der Veranstaltung seine Rolle als Plattform für den Austausch über Schlüsseltechnologien mit Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.



Dr. Thomas Werner, Dr. Armin Huke, Dr. Götz Ruprecht und Dr. Dino Uhle.

BRÜSSEL

Europas Finanzmärkte: Jetzt zählt die Umsetzung

Europa steht unter wirtschaftlichem sowie geopolitischem Handlungsdruck. Um Investitionen zu ermöglichen und Wachstum zu fördern, braucht es leistungsfähige und integrierte Finanzmärkte. Wie dies gelingen kann, stand im Mittelpunkt der diesjährigen Finanzmarktklausur des Wirtschaftsrates am 24. Juni 2026 in Brüssel. Dr. Detlef Fechtner, Chefreporter der Börsen-Zeitung, moderierte den Austausch.

Corinna Grajetzky, Landesvorsitzende des Wirtschaftsrates Brüssel, eröffnete die Veranstaltung mit einem Appell für gemeinsame europäische Lösungen. In Zeiten wachsender Unsicherheit dürfe Europa nicht in nationaler Fragmentierung verharren. Entscheidend seien Rahmenbedingungen, die unternehmerische Initiative stärken und die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzstandortes Europa sichern.

Den ersten Schwerpunkt setzte Maria Luís Albuquerque, EU-Kommissarin für Finanzdienstleistungen sowie die Spar- und Investitionsunion. In ihrer Keynote rückte sie die Frage in den Mittelpunkt, wie Ersparnisse stärker für produktive Investitionen mobilisiert und Bürgerinnen und Bürgern zugleich bessere Möglichkeiten zum langfristigen Vermögensaufbau eröffnet werden können. Genau hierum gehe es bei der Spar- und Investitionsunion: Sie soll Privatkapital für Unternehmen und Infrastruktur aktivieren und die europäischen Kapitalmärkte enger zusammenführen.

Im anschließenden Panel diskutierten Dirk Gotink MdEP; Astrid Cousin, Direktorin für Horizontal Policies bei der Generaldirektion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion der Europäischen Kommission; Stéphane Priami, CEO von Crédit Agricole International Banking & Services; Dr. Matthias Voelkel, CEO der Börse Stuttgart Gruppe; Björn Ebert, Financial Services Leader bei PwC Luxemburg, und Reinhardt Messerschmidt, Country Manager International Banking der CaixaBank. Ein zentrales Ergebnis: Ohne Reformen der Altersvorsorge und eine stärkere Kapitalmarktbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger wird die Spar- und Investitionsunion hinter ihren Möglichkeiten zurückbleiben. Zugleich braucht es verständliche, grenzüberschreitend nutzbare Anlageprodukte. Die Zielsetzung ist formuliert – nun kommt es auf die Umsetzung durch Politik und Privatwirtschaft an.

Wie sehr Europas Wettbewerbsfähigkeit von einfachen Regeln abhängt, verdeutlichte Valdis Dombrovskis, EU-Kommissar für Wirtschaft und Produktivität sowie Umsetzung und Vereinfachung. Im Fokus seiner Keynote stand neben dem Digitalen Euro der geplante Finanzdienstleistungs-Omnibus. Dieser soll u. a. Berichtspflichten reduzieren bzw. Überschneidungen beseitigen, um die europäische Regulierung kohärenter zu gestalten. Dabei gehe es nicht um pauschale Deregulierung, sondern um zielgerichtete Vereinfachung: Widersprüchliche Vorgaben sowie Doppelstrukturen müssten abgebaut werden, damit die bestehenden Regeln ihre Ziele wirksamer erreichen.

Daran knüpfte der Power Talk „Simplification“ an. Teilnehmer: Michael Hager, Kabinettschef von Kommissar Dombrovskis; Christian König, Managing Director der European Federation of Building Societies; Johannes Pockrandt, Managing Director und Head of Government Affairs Europe and UK bei Citi. Die Diskussion zeigte, dass einzelne Korrekturen nicht ausreichen. Europa braucht einen systematischen Ansatz, der sowohl bestehende Regelwerke als auch neue Vorschriften auf Praxistauglichkeit



EU-Kommissar Valdis Dombrovskis während seiner Keynote bei der Finanzmarktklausur des Wirtschaftsrates in Brüssel.

Foto: Eric Berghen

überprüft. Nur so lassen sich Fragmentierung überwinden und europäische Finanzunternehmen stärken.

Der dritte Schwerpunkt der Veranstaltung galt dem Digitalen Euro. Hier diskutierten: Markus Ferber MdEP, EVP-Koordinator im Ausschuss für Wirtschaft und Währung; Nicolò Brignoli aus dem Kabinett von Kommissar Dombrovskis; Evelien Witlox, Direktorin Digitaler Euro bei der Europäischen Zentralbank; Dr. Heike Winter von der Deutschen Bundesbank; Simon Seiter, CFO der AllUnity GmbH; Tanja Müller-Ziegler, Vorstandsmitglied des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken; Hendrik Bourgeois, Mitglied des European Leadership Teams bei Mastercard.

Deutlich wurde: Über den Erfolg des Digitalen Euro entscheidet letztendlich sein Nutzen im Alltag. Akzeptanz wird er nur finden, wenn

- sein Mehrwert für alle beteiligten Parteien erkennbar ist;
- Datenschutz und Nutzerfreundlichkeit gewährleistet sind;
- und die Privatwirtschaft frühzeitig einbezogen wird.

Zum Abschluss bündelte Lutz Diederichs, CEO von BNP Paribas Deutschland und Vorsitzender der Bundesfachkommission Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik des Wirtschaftsrates, die Ergebnisse präzise zusammen.

Die Debatten zeigten: Europa verfügt über Kapital und Expertise. Was fehlt, sind vor allem integrierte Märkte, einfache Regeln und der Mut zur Umsetzung. Eine funktionierende Spar- und Investitionsunion, zielgerichtete Vereinfachung und ein praxistauglicher Digitaler Euro sind keine isolierten Projekte. Gemeinsam entscheiden sie darüber, ob Europa seine wirtschaftliche Stärke aus eigener Kraft erneuern kann. ■



Foto: AdobeStock/ mitrja

Im Spiegel der Medien

Der Wirtschaftsrat meldet sich zu Wort – in den Leitmedien dieses Landes

Börsen-Zeitung über den Brüsseler Status-quo beim Bürokratieabbau | 13.04.2026

Der CDU-Wirtschaftsrat bewertet die Anstrengungen der Europäischen Union um eine Verringerung der bürokratischen Lasten von Unternehmen als nicht ausreichend. „Das ist noch immer zu wenig“, lautet das Urteil von Astrid Hamker, der Präsidentin des CDU-Wirtschaftsrats, im Gespräch mit der Börsen-Zeitung. „Denn für die Unternehmen ist und bleibt Bürokratie einer der größten Nachteile im internationalen Wettbewerb.“

WELT zur Debatte um Kürzung der Beamtenpensionen | 15.04.2026

Wolfgang Steiger, sagte WELT: „Viele Beamte nehmen im Laufe ihres Lebens zwar Gehaltseinbußen in Kauf gegenüber dem, was in der freien Wirtschaft möglich wäre – das rechtfertigt aber nicht die aktuelle, erhebliche Besserstellung bei den Altersbezügen. Das gilt erst recht, wenn man das Kriterium der Job-Sicherheit miteinbezieht.“ Eine schrittweise Annäherung an das Rentenniveau bei der gesetzlichen Rentenversicherung sei somit nicht nur eine Frage der Finanzierbarkeit, sondern auch der Gerechtigkeit.

Tagesspiegel Background zum GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz | 23.04.2026

Der CDU-Wirtschaftsrat plädiert in seinem Papier für eine Stärkung der Kliniken. „Gerade im Krankenhaussektor drohen die vorgesehenen Einsparungen über das Ziel hinauszuschießen“, meint Generalsekretär Steiger. „Zusätzliche Kürzungen könnten unkontrollierte Krankenhausschließungen und damit Konzentrationseffekte auslösen,

die über das hinausgehen, was im Rahmen der bisherigen Krankenhausreform gewollt und beschlossen ist.“

Astrid Hamker im Interview mit dem FOCUS zur Bilanz nach dem ersten Jahr Schwarz-Rot | 30.04.2026

„Die Regierung hat viele Reformen versprochen, bislang aber viel zu wenig umgesetzt. Wir haben keine Zeit mehr. Die Unternehmen brauchen diese Reformen jetzt.“

BILD zum Auftritt von Bundeskanzler Friedrich Merz beim Wirtschaftstag | 05.05.2026

Als der Bundeskanzler zum Abschluss des hochkarätigen Wirtschaftsrats-Unternehmer-Gipfels Wirtschaftstag den Hauptsaal des Marriott-Hotels enterte, konnte von Beifallsstürmen für den früheren Wirtschaftsrats-Vizepräsidenten Merz keine Rede sein. (...) Und Chefin Astrid Hamker, mit der er 2019 ins Präsidium der CDU-nahen Unternehmensvereinigung gewählt worden war, schonte ihren langjährigen engen Mitstreiter nicht. 96 Prozent der Mitglieder hätten in einer Befragung das Reformtempo für zu langsam erklärt, das sei ein Alarmsignal.

Hamburger Abendblatt über den Stopp der 1.000-Euro-Prämie | 09.05.2026

Der CDU-Wirtschaftsrat begrüßte das Aus für die Entlastungsprämie: „Wir haben die Prämie von Anfang an kritisiert, weil sie die Verantwortung mitten in einer anhaltend schwierigen wirtschaftlichen Lage einseitig auf Arbeitgeber verlagert hätte“, sagte dessen Generalsekretär Wolfgang Steiger dieser Redaktion.

BILD zu unserer Forderung nach einer Verkürzung der parlamentarischen Sommerpause | 28.05.2026

„Deutschland steckt in der heftigsten Wirtschafts- und Strukturkrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Zukunft unserer Volkswirtschaft (...) steht auf dem Spiel. Das A und O ist, jetzt schnell den gewaltigen Reformstau zu lösen. Kein Unternehmen in einer so desolaten Lage wie derzeit die Bundesrepublik könne sich eine so lange Pause leisten. Es wäre deshalb ein starkes, aber auch notwendiges Signal, wenn die Sommerpause der Parlamentarier angepasst wird“, sagte Präsidentin Astrid Hamker gegenüber BILD.

WirtschaftsWoche zum notwendigen Subventionsabbau | 19.06.2026

Der CDU-Wirtschaftsrat bringt mit einem Vorstoß zum Subventionsabbau Schwung in die Debatte um eine Steuerreform. (...) „Die fiskalische Lage in Deutschland ist beispiellos angespannt“, sagt Generalsekretär Wolfgang Steiger. Vor diesem Hintergrund führt an einer Überprüfung und Streichung von Subventionen kein

Weg vorbei.“ Entscheidend sei, dass „endlich konkrete Vorschläge auf den Tisch kommen“.

Passauer Neue Presse zu den Vorschlägen der Rentenkommission | 23.06.2026

„Die Vorschläge der Rentenkommission enthalten eine Reihe von Ansätzen, die der Wirtschaftsrat seit Jahren fordert. (...) Kritisch sehen wir jedoch mehrere andere Vorschläge. So würde die Abschaffung des Sonderstatus von Minijobs faktisch auf ihr Ende hinauslaufen und Arbeitnehmern und -gebern damit eine bewährte und unbürokratische Möglichkeit für zusätzliche Beschäftigung nehmen“, sagte Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrats der CDU.

SZ Dossier zur Cybernation-Veranstaltung des Wirtschaftsrates | 23.06.2026

Auf der Cybernation 2026 stellt der Wirtschaftsrat der CDU heute ein Strategiepapier vor, das 58 Handlungsempfehlungen für mehr Cybersicherheit bündelt und konkrete

Anzeige



GRAEF Gruppe

Sicherheit schafft Zukunft.

Die GRAEF Gruppe begleitet Unternehmen mit ganzheitlichen Sicherheits- und Systemlösungen. Damit Innovationen auf einer sicheren Grundlage entstehen.

Peter Gräf

CEO | Sachverständiger für Sicherheitstechnik

graef-gruppe.de

Zielmarken bis 2035 enthält. „Cybersicherheit muss aus der engen technischen Betrachtung herausgelöst und als wirtschafts-, innovations- und sicherheitspolitische Querschnittsaufgabe verstanden werden“, sagte Wolfgang Steiger.

RedaktionsNetzwerk Deutschland zu den Folgen eines Energiedeckels | 24.06.2026

Unmittelbar vor der geplanten Kabinettsbefassung zur Novelle des Energieeffizienzgesetzes warnt der Wirtschaftsrat der CDU vor den Folgen des darin enthaltenen Energiedeckels für die deutschen Unternehmen. Das genannte Einsparziel wäre nur mit einer Schrumpfung der deutschen Wirtschaft zu erreichen, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). Dies könne gerade in der aktuellen wirtschaftlichen Situation niemand ernsthaft wollen, ergänzte er. (...) Generalsekretär Steiger nannte den Energiedeckel ein Relikt aus der Planwirtschaft, das abgeschafft gehöre.

F.A.Z. zu unserer Kritik an der Plastikabgabe | 02.07.2026

Die geplante Plastikabgabe der Bundesregierung führt zu erheblichen Mehrbelastungen der Wirtschaft ohne erkennbare Steuerungswirkung in Richtung Kreislaufwirtschaft, kritisiert der CDU-Wirtschaftsrat. (...) „Unterm Strich dient die geplante Plastikabgabe lediglich der Sanierung des Staatshaushaltes und ist in ihrer Wirkung ein zusätzlicher Inflationstreiber“, fasste Generalsekretär Wolfgang Steiger zusammen.

FOCUS zur Einigung der Koalition auf ein Reformpaket | 02.07.2026

Wolfgang Steiger, Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrates: „Die Einigung enthält wichtige Signale für mehr Wachstum und Beschäftigung. Besonders zu begrüßen ist die Ausweitung der sachgrundlosen Befristung von 24 auf bis zu 48 Monate mit der Möglichkeit einer sechsmaligen Verlängerung eines befristeten Vertrages innerhalb dieses Zeitraums. Gerade in der aktuellen langanhaltenden strukturellen Wirtschaftskrise schaffen die zusätzlichen Befristungsmöglichkeiten für Unternehmen die notwendige Flexibilität für Neueinstellungen und senken insbesondere für kleine und mittlere Betriebe die Hürden, zusätzliches Personal einzustellen.“

Rheinische Post zu unserer Forderung nach flexibleren Sonntagsöffnungszeiten | 07.07.2026

„Um dem Einzelhandel mehr Handlungsspielraum zu geben, braucht es eine Flexibilisierung der Sonn- und Feiertagsöffnungszeiten“, sagte dessen Generalsekretär Wolfgang Steiger unserer Redaktion. Andere europäische Länder wie Italien und Schweden zeigten, „dass flexible

Regelungen erfolgreich funktionieren und für Handel wie Verbraucher die beste Lösung sind“, fügte er hinzu.

Handelsblatt zur Weiterentwicklung des EU-Emissionshandels | 17.07.2026

Der geplante Investitionszwang entwerfe die verlängerte kostenlose Zuteilung von Zertifikaten. (...) Der Wirtschaftsrat der CDU sprach von einer „planwirtschaftlichen Investitionslenkung“. Der Emissionshandel lebe davon, dass Unternehmen eigenverantwortlich die wirtschaftlich sinnvollsten Wege zur Dekarbonisierung wählen könnten.

The Pioneer zu unserer Warnung vor wachsender Staatsverschuldung | 07.08.2026

Steiger warnt gegenüber The Pioneer: „Der weltweite Anstieg langfristiger Staatsanleihezinsen ist ein Warnsignal für hochverschuldete Staaten.“ und ergänzt: „Umso mehr stehen die locker-leichten Forderungen nach einer weiteren Schuldenpolitik – etwa indem man die Rentenreform nur halbherzig durchführt – im fundamentalen Gegensatz zu sich grundlegend wandelnden Rahmenbedingungen der Anleihemärkte.“ Der Wirtschaftsrat fordert deshalb eine konsequente Haushaltskonsolidierung.

Augsburger Allgemeine zu Enteignungsgefahren für die Hauptstadt | 11.08.2026

In den Reihen der CDU macht man Druck auf die Regierung. Dem Versprechen „müssen jetzt zügig Taten folgen. Deutschland braucht ein klares Signal, dass die Eigentums-garantie als zentrales Standortversprechen unangetastet bleibt“, sagt Wolfgang Steiger, Generalsekretär des unions-nahen Wirtschaftsrats der CDU, unserer Redaktion. „Die jüngsten Äußerungen aus der Berliner Linken zeigen: Die Debatte über die Enteignung großer Wohnungsbestände ist keine theoretische Diskussion mehr, sondern ein konkretes politisches Vorhaben.“

BILD zur Bewertung des Steuerreform-Entwurfes aus dem Hause Klingbeil | 11.08.2026

Auch der CDU-Wirtschaftsrat macht Druck. Dessen Generalsekretär Wolfgang Steiger (61) rechnet gegenüber BILD vor: Rot-Grün unter Gerhard Schröder habe die Arbeitnehmer Anfang des Jahrtausends um rund 40 Milliarden Euro entlastet. Steiger: „Verglichen damit bleibt das derzeit vom Finanzministerium vorgesehene Entlastungsvolumen ausgesprochen überschaubar.“ ■

MOBILITÄT BRAUCHT VIELFALT

Warum Deutschland starke Partnerschaften für die Verkehrswende braucht

Ein Advertorial von Martin Becker-Rethmann, Aufsichtsratsvorsitzender von Transdev Deutschland

Deutschland diskutiert intensiv über die Zukunft seiner Mobilität. Über Infrastruktur, Finanzierung, Deutschlandticket, Digitalisierung oder Klimaziele. Doch eine entscheidende Frage wird häufig unterschätzt: Wie organisieren wir Mobilität künftig so, dass sie leistungsfähig, wirtschaftlich und zugleich nah am Menschen bleibt?

Die Antwort darauf lautet aus unserer Sicht: durch Vielfalt, Wettbewerb und starke Partnerschaften.



Gerade deshalb setzt Transdev auf dauerhafte Kooperationen mit Ländern, Verkehrsverbünden und Landkreisen. Unsere Erfahrung zeigt: Die besten Lösungen entstehen dort, wo öffentliche Steuerung und private Umsetzung partnerschaftlich zusammenarbeiten – auf Augenhöhe und mit klaren gemeinsamen Zielen.

- Digitalisierung
- alternative Antriebe
- Fachkräftemangel
- wirtschaftlicher Betrieb im ländlichen Raum.

Deshalb braucht es neue Formen der Zusammenarbeit – insbesondere landkreisübergreifende Mobilitätsgesellschaften mit starken operativen Partnern. Transdev sieht hierin ein Zukunftsmodell: regionale Bündelung von Kompetenzen, effizientere Betriebsstrukturen, höhere Investitionsfähigkeit, bessere Mobilitätsangebote für Bürgerinnen und Bürger. Deutschland hat die Chance, Mobilität neu zu organisieren: vernetzter, effizienter und partnerschaftlicher.

Vielfalt stärkt Mobilität

Deutschland braucht keine Monstrukturen im öffentlichen Verkehr. Vielfalt schafft Innovation, Effizienz und Qualität. Private und öffentliche Akteure dürfen dabei nicht als Gegensätze verstanden werden. Erfolgreiche Mobilität entsteht dort, wo kommunale Verantwortung und unternehmerische Kompetenz zusammenwirken.

Transdev bringt genau diese Kombination ein:

- operative Erfahrung
- Innovationskraft
- Digitalisierungskompetenz
- internationale Expertise
- langfristige Verlässlichkeit.

Dabei verstehen wir uns ausdrücklich nicht als kurzfristiger Investor, sondern als dauerhafter Partner der öffentlichen Hand.

Mobilität ist mehr als Finanzierung

In der politischen Debatte werden Partnerschaften häufig auf Finanzierungsfragen reduziert. Doch Mobilität funktioniert nicht über Kapital allein.

Entscheidend sind:

- Qualität im Betrieb
- Verlässlichkeit im Alltag
- Innovation im System
- langfristige Verantwortung.

Die Stärke familiengeführter Verantwortung

Als Teil der familiengeführten Rethmann Gruppe denken wir nicht in Quartalen oder Fondszyklen, sondern in Generationen.

Diese Perspektive prägt unser Handeln:

- langfristige Investitionen
- nachhaltige Betriebsmodelle
- dauerhafte Partnerschaften
- hohe regionale Verantwortung.

Die Rethmann-Gruppe verfügt über besondere Erfahrung in öffentlich-privaten Partnerschaften. Allein REMONDIS arbeitet heute in mehr als 100 Öffentlich-Privaten Partnerschaften mit Kommunen zusammen – häufig über Jahrzehnte hinweg und meist als Minderheitsgesellschafter. Dieses Modell zeigt: Erfolgreiche Partnerschaften basieren nicht auf kurzfristiger Rendite, sondern auf Vertrauen, gemeinsamer Verantwortung und operativer Exzellenz.

Ein Modell für die Mobilität der Zukunft

Gerade im Mobilitätssektor liegt hierin eine große Chance für Deutschland.

Viele Herausforderungen lassen sich künftig nicht mehr isoliert auf Ebene einzelner Kommunen lösen:

- integrierte Verkehrsplanung

Mobilität braucht Mut zur Partnerschaft

Die Verkehrswende wird nicht allein durch zusätzliche Mittel entschieden. Sie entscheidet sich vor allem daran, ob wir bereit sind, neue Kooperationen zu ermöglichen.

Was Deutschland jetzt braucht, sind:

- pragmatische Lösungen
- verlässliche Partnerschaften
- langfristige Perspektiven
- mehr Offenheit für Betreiberkompetenz.

Mobilität braucht Vielfalt. Und Vielfalt braucht starke Partner.

Transdev will diesen Weg gemeinsam mit Kommunen, Landkreisen und Ländern weitergehen – verlässlich, innovativ und mit langfristiger Verantwortung für die Mobilität in Deutschland.

Zum Schluss gefragt...

Drei Fragen an Melanie Vockert



Foto: Ildiko Galänder

Sie sind schon seit 2018 beim Wirtschaftsrat tätig und das Organisationstalent hinter den Leuchtturm-Veranstaltungen des Verbandes. Was ist die größte Herausforderung?

Die besteht darin, viele unterschiedliche Anforderungen und Erwartungen unter einen Hut zu bringen. Gleichzeitig soll die Veranstaltung für die Gäste natürlich reibungslos und professionell ablaufen – idealerweise merkt keiner, wie viel Organisation im Hintergrund steckt. Für mich ist die größte Herausforderung, auch in stressigen Situationen den Überblick zu behalten und flexibel auf unvorhergesehene Änderungen zu reagieren. Eine gute Vorbereitung ist wichtig, aber genauso entscheidend ist es, spontan Lösungen zu finden, ohne dass die Qualität der Veranstaltung darunter leidet.

Welche Rolle spielen Live-Veranstaltungen in einer zunehmend digitalisierten Welt?

Gerade für einen Verband sind Live-Veranstaltungen ein wichtiger Bestandteil der Mitgliederbindung. Sie fördern den fachlichen Austausch, ermöglichen Networking und stärken das Gemeinschaftsgefühl. Digitale Angebote erweitern diese Möglichkeiten, sie ersetzen aber keinesfalls den persönlichen Kontakt.

Was macht die Events des Wirtschaftsrates so besonders?

Das ist die hohe fachliche Qualität, die Aktualität sowie die Möglichkeit zum direkten Austausch mit Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Unsere Veran-

Zur Person:

Melanie Vockert ist „Fachgebietsleiterin Organisation und Veranstaltungen“ in der Bundesgeschäftsstelle des Wirtschaftsrates. Zuvor war die studierte Politikwissenschaftlerin in einem Think Tank unter Führung von Roman Herzog und Klaus von Dohnanyi tätig.

staltungen bieten eine Plattform für Networking und den Aufbau nachhaltiger Kontakte. Sie bringen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger zusammen, fördern den offenen Dialog und bieten Raum für neue Ideen und Kooperationen.

Impressum

Herausgeber:

Astrid Hamker,
Präsidentin,
für den Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Redaktion:

Johannes Gunst (v.i.S.d.P.)

Wissenschaftliche Beratung:

Simon Steinbrück

Gemeinsame Postanschrift:

Redaktion Trend
Luisenstraße 44
10117 Berlin
Telefon 030/24087-300/301
Telefax 030/24087-305
Internet: www.trend-zeitschrift.de
E-Mail: pressestelle@wirtschaftsrat.de

Projektleitung:

Information für die Wirtschaft GmbH

Geschäftsführung:

Anne Schaaf, Johannes Gunst
Luisenstraße 44
10117 Berlin
Telefon 030/24087-401
Telefax 030/24087-405

Bankverbindung:

Deutsche Bank AG/Bonn,
3105590 (BLZ 380 700 59)
IBAN: DE84 3807 0059 0310 5590 00
BIC: DEUTDE330

Verlag:

Information für die Wirtschaft GmbH

Anzeigenkontakt:

Telefon 030/24087-310

Gesamtherstellung:

Meinders & Elstermann GmbH & Co. KG
Weberstraße 7, 49191 Belm
Telefon 05406/808-0

Erscheinungsweise:

quartalsweise

Anzeigenpreise:

Zurzeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 17

Bestellungen:

Beim Verlag

Bezugsbedingungen:

Einzelpreis 7,50 Euro (einschl. MwSt.) Jahresabonnement 25,- Euro (einschl. MwSt.), zzgl. Versandkosten. Abonnements (vier Ausgaben) werden für ein Jahr berechnet. Kündigungen müssen sechs Wochen vor Ablauf des Abonnements schriftlich vorliegen, andernfalls verlängert es sich für ein weiteres Jahr.

Standpunkt Steiger: Im Abo auch für Nicht-Mitglieder

Die wirtschaftspolitische Kolumne unseres Generalsekretärs

Scharfzüngig, zum Nachdenken anregend, gewürzt mit einer Prise Philosophie und ganz viel ordnungspolitischer Einordnung.

Mitglieder bekommen die Kolumne jeden Donnerstag per Mail.
Auch Nicht-Mitglieder können die Kolumne jetzt (kostenlos) abonnieren.

Dazu reichen 3 einfache Schritte:



1. **QR-Code scannen**
(oder URL eingeben:
<https://wirtschaftsrat.de/de/presse/standpunkt-steiger-übersicht>)



2. **Beliebige Standpunkt-Ausgabe anklicken**



3. **Formular am Ende der Seite ausfüllen
und Link in Bestätigungs-Mail anklicken**

WIRTSCHAFTSTAG DER INNOVATIONEN

5. November 2026
Berlin

Führende Vertreter aus Wirtschaft, Politik
und Verwaltung diskutieren, wie Europa ...

- seine technologische
Stärke ausbauen,
- Innovationen fördern,
- digitale Souveränität als
Grundlage für Wachstum und
Wettbewerbsfähigkeit gestalten kann.

Alle Infos und **LIVESTREAM:**

